

demzufolge wieder beim fraktionslosen Abgeordneten Langguth.

Damit ist **Einzelplan 04 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.**

Damit haben wir auch die nachzuholende Abstimmung durchgeführt.

Ich rufe auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/4402.

Wir haben vier Teilbereiche. Ich rufe als ersten Teilbereich auf:

a) Staatskanzlei

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Dr. Bovermann das Wort.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute komme ich wieder einmal in den Genuss, eine Haushaltsrede halten zu können; denn ich vertrete meine Kollegin Frau Müller-Witt. Ich beschränke mich dabei auf die Gebiete des Hauptausschusses, die nach dem Neuzuschnitt der Kompetenzen noch übrig geblieben sind, das heißt vor allem auf das Kapitel 02 010 aus dem Einzelplan des Ministerpräsidenten.

An den Anfang stelle ich ein Lob für die Landesregierung zur Schaffung und Besetzung des Amtes einer nordrhein-westfälischen Antisemitismusbeauftragten. 73 Jahre nach dem Ende der Shoah machten zunehmende antisemitische Äußerungen und Straftaten gegen unsere jüdischen Mitbürger diesen Schritt notwendig.

Nachdem bereits auf der Bundesebene ein Antisemitismusbeauftragter berufen worden war und sich auch in Nordrhein-Westfalen entsprechende Stimmen mehrten, hat die SPD-Fraktion die Initiative ergriffen und ist auf die anderen demokratischen Fraktionen zugegangen. Letztlich hat das Parlament einstimmig die Landesregierung beauftragt, dieses Amt einzurichten. Selbstverständlich tragen wir als SPD-Fraktion die Personalstellen und die Sachmittel für dieses Amt mit.

Damit komme ich auch schon vom Lob zur Kritik. Die Haushaltsberatungen gelten als parlamentarische

Königsdisziplin. Auch wenn der letzte preußische König vor 100 Jahren verjagt wurde und wir seit 72 Jahren Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben, ist es Aufgabe des Parlaments, darauf zu achten, dass die Ausgaben der Regierung nicht königliche Ausmaße erreichen.

Ministerpräsident Laschet hat in seiner Regierungserklärung Maß und Mitte zum Motto seiner Amtszeit erhoben.

(Zuruf von der SPD: Mittelmaß!)

Prüfen wir also, wie maßvoll sein eigener Etat ist. Die Gesamtausgaben im Kapitel 02 010 steigen um etwas mehr als 3 Millionen Euro auf 73,72 Millionen Euro an. Das entspricht 4,3 %.

Den weitaus größten Anteil an der Steigerung haben die Personalausgaben. Seit der Regierungsbildung wurden immer wieder neue Stellen geschaffen. Im Jahr 2017 waren es 17, im Jahr 2018 waren es 25, und nun werden weitere 18 Planstellen in diesem Bereich beantragt.

Ursächlich für den Personalaufwuchs sind Umsetzungen und neue Aufgaben der Staatskanzlei. Dabei konnten bisher noch nicht einmal alle Stellen besetzt werden, wie zum Beispiel im Fall des Referats „Gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung“, dessen Aufgabe immer noch unklar ist.

Ich erinnere mich noch gut an den Kollegen Jostmeier von der CDU, der bei seiner letzten Haushaltsrede unter der rot-grünen Regierung kritisierte – ich zitiere –: „Die Landesregierung weitet das Stellen-Soll massiv aus. Es findet keine Aufgabenkritik statt.“ – An anderer Stelle sagte er – Zitat –: „Noch nie hat sich eine Landesregierung so deutlich mit Personal ausgestattet.“

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, diese Vorwürfe fallen heute auf die schwarz-gelbe Landesregierung zurück.

(Beifall von der SPD)

In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen sind Ihnen in kürzester Zeit Maß und Mitte abhandengekommen.

(Beifall von der SPD)

Doch nicht nur die Personalausgaben laufen aus dem Ruder. Die Umressortierung von Ministerien und insbesondere der Umzug der Staatskanzlei verursachten ebenfalls hohe Kosten. Geplant waren Umzugskosten in Höhe von 500 Euro pro Mitarbeiter. Tatsächlich lagen die Kosten dann bei 700 Euro pro Mitarbeiter. Auch der Umzug der Server- und IT-Technik hat sehr viel mehr gekostet als zunächst angesetzt war.

Die nächsten Ausgaben stehen bereits ins Haus. Im Hauptausschuss haben der CdS und der Architekt

Professor Petzinka die Umbaupläne für das Landeshaus vorgestellt. Neben notwendigen Sanierungsarbeiten sollen die Sicherheits- und Repräsentationsbedürfnisse erfüllt werden. Wie hoch die Kosten sein werden? – Unbekannt. Ein Kostenlimit soll es zwar geben, doch auch dessen Höhe ist nicht bekannt.

Wir als SPD werden dazu weiter kritische Fragen stellen. Den Einzelplan 02 Kapitel 02 010 lehnen wir wegen der intransparenten Steigerungen und der nicht aufgeführten Kosten ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bovermann. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Hagemeier.

Daniel Hagemeier (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Professor Bovermann, das Lob am Anfang Ihrer Rede hat mir sehr gut gefallen. Es hätte durchaus noch länger andauern können.

(Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD]: Es war gar keins drin!)

Sie werden, wenn Sie meine Ausführung gehört haben, sicherlich zustimmen. Ausgaben königlichen Ausmaßes sehe ich nicht. Wenn man in Nordrhein-Westfalen allerdings Veränderungen vornehmen und wenn man auch im Bund neue Akzente setzen will, dann führt das natürlich auch einmal zu Personalverschiebungen innerhalb der Staatskanzlei. – Aber nun zu meiner Rede.

Zum Einzelplan 02 – Ministerpräsident – möchte ich im Namen der CDU-Fraktion im Wesentlichen zwei bestimmende Themen hervorheben. Das sind auf der einen Seite die Ruhrkonferenz und auf der anderen Seite der Antisemitismus, über den wir in den vergangenen Monaten häufiger geredet und debattiert haben, als uns vielleicht lieb gewesen ist.

Die Ruhrkonferenz soll bis 2030 entscheidende Impulse für die Region geben. Um diesen Prozess zu begleiten und zu gestalten, sind je ein Arbeitsstab in Düsseldorf und in Essen eingerichtet worden. Das bedeutet Positionen für Sach- und Projektmittel sowie zwei Planstellen. Bereits in seiner Regierungserklärung 2017 hatte Ministerpräsidenten Armin Laschet die Ruhrkonferenz angekündigt. Er ist damit nach Johannes Rau der erste Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, der eine ganze Region zu einer gemeinsamen Konferenz an einen Tisch bittet.

Der strukturierte Prozess der Ruhrkonferenz der NRW-Koalition, der durch einen eigenen Arbeitsstab in der Staatskanzlei zu einem fest verankerten Element der Regierungsarbeit wird, ist auch ein Zukunftsmodell für moderne Governance-Strukturen.

Der Politik wird gerne vorgeworfen, dass sie bürgerfern arbeite und die Interessen der Menschen aus den Augen verliere. Mit diesem neuen Dialogformat soll im Ruhrgebiet gemeinsame bürgernahe Politik umgesetzt werden.

Permanente Bürger- und Expertenbeteiligung soll und wird in allen Arbeitskreisen stattfinden. Dieses Selbstverständnis von kooperativer Gesellschaftsentwicklung ist sicherlich anspruchsvoll; damit wird aber ein Zukunftsprojekt geschaffen, in das wir heute investieren müssen.

Das Ruhrgebiet hat das Potenzial, sich zur erfolgreichen, wettbewerbsfähigen und lebenswerten Metropolregion im digitalen Zeitalter zu entwickeln. Ziel der Ruhrkonferenz ist es, diesen Prozess voranzutreiben. Ich bin sicher, dass dies eine lohnenswerte Investition sein wird.

Damit komme ich zum zweiten Schwerpunkt meines Redebeitrags: Antisemitismus. 300.000 Euro sind für den bzw. die Antisemitismusbeauftragte im Einzelplan 02 eingestellt. Seit Anfang November dieses Jahres ist bekannt, dass die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zur Antisemitismusbeauftragten in Nordrhein-Westfalen berufen worden ist.

Die „Jüdische Allgemeine“ zitierte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger am 6. November dieses Jahres damit, dass eine Demokratie alles tun müsse, damit Menschen jüdischen Glaubens ihre Religion in Deutschland ohne Angst vor Bedrohung leben können.

In unserem Bundesland lebt die größte jüdische Gemeinde Deutschlands. Mit der Berufung der Antisemitismusbeauftragten hat die Landesregierung den fraktionsübergreifenden Beschluss des Landtags umgesetzt. Sie soll vor allem präventive Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung initiieren und koordinieren sowie Ansprechpartnerin für Opfer antisemitischer Übergriffe sein.

Die Antisemitismusbeauftragte selbst arbeitet ehrenamtlich, benötigt allerdings materielle und personelle Unterstützung. Unter anderem wird dem Landtag jährlich ein Bericht über die Arbeit vorgelegt. Darin sollen Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus empfohlen werden.

Abschließend noch ein paar allgemeine Bemerkungen zum Haushalt des Ministerpräsidenten aus meiner Sicht. Er weist mit 221.179.399 Euro eine leichte Erhöhung zum Vorjahr aus, nämlich um 6.074.600 Euro. Das entspricht genau 2,8 %.

Erstmals sind Mittel im Zusammenhang mit der Wahrnehmung des Amtes des Bevollmächtigten der Bundesrepublik für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der französischen Republik über

die deutsch-französische Zusammenarbeit eingestellt.

Die Mittel für Repräsentationsverpflichtungen sind gleich geblieben, jedoch haben sich die Kosten für die Vertretung des Landes beim Bund um 283.000 Euro erhöht. Dies unterstreicht an dieser Stelle jedoch auch, dass Nordrhein-Westfalen seiner Verantwortung im Bund gerecht wird. Die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund soll 2019 weiter zu einem zentralen Impulsgeber in der Bundeshauptstadt ausgebaut werden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Daniel Hagemeier (CDU): Für die Vertretung des Landes bei der Europäischen Union ergibt sich ein erhöhter Ansatz um knapp 79.300 Euro.

Im Hinblick auf die Redezeit schließe ich meinen Redebeitrag jetzt ab. Ich kann Ihnen sagen, dass man dem Einzelplan 02 insgesamt folgen kann. Alles in allem ist dieser Einzelplan schlüssig. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hagemeier. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Ministerpräsident, von Ihrem Motto „Maß und Mitte“ kann beim Einzelplan 02 wahrlich nicht mehr die Rede sein, wenn man sich das Gesamtvolumen anschaut.

Nimmt man den Einzelplan in seiner Gesamtheit, stellt man fest, dass vom Ansatz 2018 bis zur zweiten Lesung 2019 – wir haben noch nicht die dritte Lesung, wer weiß, was da noch kommt – ein Aufwuchs im Einzelplan von sage und schreibe über 42 Millionen Euro besteht, Herr Laschet. Das sind 16 % mehr als 2018. Das ist ein wirklich ordentlicher Schluck aus der Pulle, vor allem verglichen mit anderen Einzel-etats.

Schauen wir uns doch mal an, was da alles mitfinanziert wird: Da ist zum Beispiel der Personalaufwuchs. In Ihrer Regierungszeit sind das mit drei Haushalten über 450 Stellen in den Ministerien, davon sind in drei Jahren alleine 60 neue Planstellen in der Staatskanzlei geschaffen worden.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Herr Ministerpräsident, 13 % des gesamten Stellenaufwuchses in den Ministerien haben Sie bei sich verbucht. Besonders bemerkenswert ist das im Hinblick darauf, welchen Anteil denn der Einzelplan 02

am Gesamthaushalt hat. Das sind nur 0,4 %, aber Sie bekommen 13 % aller zusätzlichen Stellen. Herr Ministerpräsident, das ist nicht Maß und Mitte, das ist maßlos.

(Beifall von den GRÜNEN und von Thomas Kutschaty [SPD])

Das gilt vor allen Dingen dann, wenn Sie das mit neuen Aufgaben begründen. Niemand hier im Plenum widerspricht beispielsweise der zusätzlichen Stelle für die Antisemitismusbeauftragte. Die haben wir gemeinschaftlich beschlossen, und das muss ausgestattet werden. Das ist alles richtig.

Sie aber sagen, es handele sich sämtlich um neue Aufgaben, die in der Staatskanzlei gefunden wurden. Ist das eine neue Aufgabe, wenn der Regierungssprecher jetzt einen Referenten mit A15 braucht? Ist das eine neue Aufgabe, dass in der Sportabteilung eine Finanz- und Grundsatzreferentin gebraucht wird? Ist jetzt der Bereich der Europa-Kompetenz eine neue Aufgabe?

(Zurufe von der CDU)

Ist es eine neue Aufgabe, dass die Staatskanzlei die Europa-Kompetenz im Land stärken will? Auch hier geht es um eine A14-Stelle. Darüber hinaus reicht Ihre Teamassistenz nicht aus usw. usf.

Das sind alles normale Aufgaben einer Staatskanzlei und keine neuen Aufgaben, Herr Ministerpräsident!

Ich kann mich auch nicht erinnern, dass wir Ihnen 2017 eine derart unterfinanzierte Staatskanzlei übergeben hätten. Bemerkenswerterweise meinte Herr Witzel von der FDP in den letzten Haushaltsberatungen zum Haushalt 2017 in recht umfangreichen Änderungsanträgen, dass die Staatskanzlei von Hannelore Kraft komplett überfinanziert sei. Herr Witzel, Sie haben damals ungefähr 8 Millionen Euro an Einsparpotenzial identifiziert. Was sagen Sie denn jetzt dazu, dass der Ministerpräsident das nicht realisiert, sondern erst mal 60 neue Stellen hinzubekommt?

(Beifall von den GRÜNEN – Horst Becker [GRÜNE]: Da ist er liberal!)

Da müsste Ihnen doch der Kragen platzen.

By the way: Es heißt immer, Rot-Grün habe die Ministerialbürokratie aufgebläht, und Sie machten jetzt alles anders. Nachweislich hat Rot-Grün in der Staatskanzlei in sieben Regierungsjahren ganze drei neue Planstellen geschaffen.

Herr Ministerpräsident, hier steht nach wie vor die Frage im Raum, wie Sie das erläutern, was Sie sich in dieser Hinsicht an Selbstbedienungsmentalität gönnt und an Dreistigkeit an den Tag gelegt haben.

Diese Dreistigkeit gilt übrigens nicht nur für Sie. Ich zitiere dazu Herrn Lienenkämper zum Beginn der Regierungszeit aus der „FAZ“ vom 11. August 2017 – hören Sie gut zu –:

„Wir werden uns im gesamten Verwaltungsapparat die Prozesse angucken. Was geht schneller und besser, wo lassen sich Strukturen verschlanken? Wir werden die Organisationen gründlich analysieren und die Digitalisierung vorantreiben und so längerfristig mit weniger Personal auskommen. Teil des Konsolidierens ist natürlich auch das Sparen.“

Weiter heißt es:

„Das Sparziel für die Ressorts wird sich aus der ersten mittelfristigen Finanzplanung ergeben, die wir nach der Sommerpause vorlegen werden.“

So weit der Finanzminister. Ausgenommen von all dem scheint die Staatskanzlei zu sein. Offenbar ist das wie beim Weihnachtsmann: Wenn Herr Laschet seinen Wunschzettel abgibt, bekommt er alles. Das darf in einer Regierung nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den GRÜNEN – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Vielleicht ist er der Weihnachtsmann!)

Ich bin gespannt, wie Sie Ihre vollmundigen Ankündigungen realisieren wollen, bis zum Ende der Legislaturperiode würde das alles wieder abgebaut. Dann müssten Sie nämlich schon langsam damit anfangen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Bereich des Einzelplans 02, also im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten, werden wichtige Akzente der interkulturellen Zusammenarbeit, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und auch der aktuellen Herausforderungen für unsere freiheitliche Demokratie gesetzt. Die anderen Bereiche werden gleich sicher noch diskutiert. Die Redezeit lässt es aber nur zu, lediglich einige Punkte herauszugreifen.

Die Antisemitismusbeauftragte ist bereits angesprochen worden. Die Landesregierung hat auf der Grundlage eines einstimmigen Parlamentsbeschlusses aus dem Sommer dieses Jahres eine Antisemitismusbeauftragte benannt.

Wir sind hier im Landtag zu der Feststellung gelangt, dass Antisemitismus leider auch 73 Jahre nach dem Ende der Judenverfolgung durch die Nazis im Deutschen Reich immer noch oder vielleicht sogar wieder stärker vorhanden ist, und dass es vor diesem Hin-

tergrund wichtig ist, dem Antisemitismus aktiv entgegenzutreten und uns mit politischer und demokratischer Bildung und den Mitteln des Rechtsstaats dagegen zu wehren.

Wir Freien Demokraten begrüßen die Berufung von Frau Leutheusser-Schnarrenberger. Ihre langjährige Erfahrung als ehemalige Bundesjustizministerin und als engagierte Kämpferin für Bürgerrechte und für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft, wie auch ihre Akzeptanz in den jüdischen Gemeinden unseres Landes sind ein Gewinn für die Aufgaben, die sie als Antisemitismusbeauftragte wahrzunehmen hat.

Um präventive Maßnahmen zur Antisemitismusbekämpfung zu initiieren und zu koordinieren – das ist ein Teil ihrer Aufgabe – und/oder das zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Engagement gegen Antisemitismus zu unterstützen und zu fördern, wird die Tätigkeit der Beauftragten in diesem Haushaltsentwurf personell wie sachlich und finanziell unterstützt. Das ist sogar von der Opposition anerkannt worden. Ich finde, das ist eine richtige, wenngleich auch leider notwendige Zeichensetzung.

Ich möchte einen zweiten Punkt herausgreifen: die interkulturelle Zusammenarbeit. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet wurde zum Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für die interkulturellen Angelegenheiten mit der französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit ernannt. Hierzu möchte ich an dieser Stelle herzlich gratulieren und Ihnen ein sehr erfolgreiches Wirken bei dieser Aufgabe wünschen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deutschland und Frankreich tragen eine gewichtige Verantwortung für Europa. Es ist gut, wenn diese Partnerschaft aktiv gepflegt wird und wir gerade über ihre Aufgabe auch die nordrhein-westfälischen Interessen in diesen Prozess und in diese stabile Achse für Europa einbringen können.

Auch der Landtag pflegt die deutsch-französische Partnerschaft und Freundschaft, zum Beispiel mit einer Parlamentariergruppe, in der unser Kollege Oliver Keymis den Vorsitz hat. Insofern spare ich mir weitere Ausführungen über die Wichtigkeit der Pflege der deutsch-französischen Beziehungen.

Richtig und wichtig ist, dass wir deshalb erstmalig im Landeshaushalt auch Mittel für die Wahrnehmung dieses Amtes vorsehen. Das liegt in unserem ureigenen nordrhein-westfälischen Landesinteresse.

Gerade ist der Umbau der Staatskanzlei angesprochen worden. Im Hauptausschuss haben wir einen ersten Bericht dazu erhalten. Ich möchte über architektonischen Geschmack in keiner Weise streiten. Kein Ministerium und erst recht kein Gebäude, das als Staatskanzlei besonders repräsentative Aufgaben ermöglichen muss, kann allerdings zum Beispiel auf Barrierefreiheit verzichten.

Das erschließt sich von selbst. Dass Frau Lasker-Wallfisch, die zu Recht mit dem NRW-Verdienstorden für ihre Versöhnungsarbeit geehrt wurde, es abgelehnt hat – wie ich finde, mehr als nachvollziehbar –, mit einem Lastenaufzug in das Gebäude verbracht zu werden, macht deutlich, dass es wirklich notwendig ist, die Staatskanzlei mit einem barrierefreien und rollstuhlgerechten Zugang auszustatten. Es ist aus unserer Sicht mehr als nachvollziehbar, das Gebäude so umzugestalten.

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Aufgrund der Sicherheitslage besteht die Notwendigkeit, bei öffentlichen Gebäuden in besonderer Weise Sicherheitsaspekte zu berücksichtigen. Ich wünsche mir sehr, dass unsere Kinder und Enkel eine andere Zeit erleben, in der dies weniger erforderlich ist.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Angela Freimuth (FDP): Aber eines ist doch – Frau Präsidentin, das ist meine letzte Bemerkung – klar: Alleine schon, dass Greenpeace-Aktivisten im vergangenen Jahr über das einsturzgefährdete Vordach in die Staatskanzlei hochklettern konnten, macht deutlich, dass Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind. Immerhin besteht die Gefahr, dass nicht nur Greenpeace-Aktivisten, sondern eben auch andere, die wirklich Übles im Schilde führen, eine Staatskanzlei stürmen.

Die Anpassung der Sicherheitsmaßnahmen wäre im Übrigen am Stadttor ebenfalls vonnöten gewesen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Wagner.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, eineinhalb Jahre haben Sie nun die Staatskanzlei unter sich – eineinhalb Jahre, in denen Sie zunächst einmal für knapp 2 Millionen Euro umgezogen sind, eineinhalb Jahre, in denen Sie sich vor allem darum Sorgen machten, wie man Ihren neuen Amtssitz auf Kosten der Steuerzahler noch mehr verschönern und aufrüsten könnte.

Und wie das so ist, wenn man nicht mit dem eigenen Geld umgeht: Da werden die Kostenrahmen überschritten, ausgeweitet, und zu den nächsten Umbaumaßnahmen wollen Sie die Belastung für den Steuerzahler am liebsten gleich gar nicht mehr preisgeben. In dem Zusammenhang ein seltener Dank an

die Kollegen der SPD, die sich vergeblich um eine Antwort von Ihnen zu dieser Frage bemüht haben.

Eineinhalb Jahre, in denen immer mehr Millionen für neue Sicherheitsmaßnahmen aufgebracht werden müssen – wie eben schon gesagt aufgrund einer veränderten Sicherheitslage, die natürlich nichts mit den offenen Grenzen zu tun hat, die Sie nicht schließen wollen. Sie verlagern also den Grenzschutz lieber an die Tür Ihres Amtssitzes, und der Bürger kann sehen, wo er bleibt. Mehr unfreiwillige Symbolik dessen, was Sie und Ihre Politik ausmacht, geht kaum.

Eineinhalb Jahre, in denen Sie zahlreiche Neueinstellungen vorgenommen haben, häufig genug für Versorgungsposten politischer Freunde, und das mit immer neuen Titeln, Ämtern und vorgeschobenen Begründungen. Damit hier keine Missverständnisse aufkommen, will ich gleich sagen, dass diese Kritik sich natürlich nicht an den Neueinstellungen ausrichtet, die im Rahmen der Etablierung einer Antisemitismusbeauftragten vorgenommen worden sind, der wir als AfD-Fraktion zugestimmt haben. – Wenn es also in diesem Sinne Ihr Ansinnen war, die Vorurteile der Bürger gegen Politiker zu bestätigen, dann haben Sie das geschafft.

Eineinhalb Jahre aber auch, in denen man mindestens vom Ergebnis her den Eindruck bekommen muss, dass es Ihnen vor allem darum geht, die NRW-CDU so weit links zu positionieren, dass die SPD jegliche Daseinsberechtigung verliert und der AfD der gesamte Raum der bürgerlichen Mitte und der demokratischen Rechten gelassen werden soll.

Eineinhalb Jahre Armin Laschet – und jede Umfrage zeigt es: Ihre Mehrheit im Land ist weg. Das muss Sie erst einmal nicht interessieren, denn schließlich haben Sie Jamaika für die nächste Legislaturperiode schon fest eingepreist und damit auch das Wachstum der AfD gleich mit.

Eineinhalb Jahre, in denen Sie immer wieder erfolglos versucht haben, sich in die Bundespolitik einzumischen. Dabei ging es Ihnen nicht vornehmlich, wie man doch erwarten müsste, um die Interessen der Nordrhein-Westfalen, sondern häufig einfach nur um Selbstdarstellung und darum, Ihren Parteifreunden in CDU und CSU in den Rücken zu fallen. Da machen Sie nicht einmal vor Ihrem eigenen Landesverband halt, dessen Vorsitzender Sie ja sind.

Als sich Ralph Brinkhaus für den Posten des Unionsfraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag bewarb, hatten Sie nichts Besseres zu tun, als gegen ihn zu arbeiten und sich stattdessen für den baden-württembergischen Merkel-Günstling Kauder einzusetzen. Aber wie so oft haben Sie auch da Ihren Einfluss überschätzt. Am Ende siegte, wie wir wissen, Brinkhaus gegen Merkel, gegen Kauder und eben auch gegen Sie, seinen eigenen Landesvorsitzenden.

Auch jetzt, im CDU-internen Wettstreit um den Bundesvorsitzenden, haben Sie nichts Besseres zu tun, als Ihren NRW-Parteifreund Jens Spahn zu desavouieren.

Ehrlich gesagt, ich hätte keine Lust, Mitglied einer Partei zu sein, in der vonseiten des Landesvorsitzenden auf diese Weise mit einem umgegangen wird. Wie als Landesvater, so als Parteichef: Sie lassen Ihre Leute im Stich. Aber womöglich sind Sie auch etwas verschnupft darüber, dass niemand Sie ruft, um Bundesvorsitzender der CDU oder, Gott bewahre, Kanzler zu werden – wahrscheinlich, weil Ihre Parteifreunde Sie zu gut kennen. Nicht dass ich besonders viel dagegen hätte, wenn Sie das Amt des Ministerpräsidenten räumten, aber der Schaden, den Sie im Bundeskanzleramt anrichten könnten, wäre potenziell doch weitaus größer. Da ertragen wir Sie lieber noch drei weitere Jahre hier in Düsseldorf. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das war Kollege Wagner von der AfD-Fraktion. – Für die Landesregierung spricht jetzt der Ministerpräsident.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Einige Bemerkungen zum Haushalt der Staatskanzlei: Ihre Arbeit ist geprägt von mehreren Erfordernissen.

Das Erste ist, politisch zu koordinieren, Analysen zu Grundsatzfragen sowie zu gesellschaftspolitisch, ökonomisch und ökologisch wichtigen Fragen vorzunehmen. Da sind die Anforderungen gestiegen und werden, wenn man die Entwicklungen rund um uns herum sieht, auch im kommenden Jahr steigen.

Das Zweite ist: Eine Staatskanzlei muss auf aktuelle Entwicklungen reagieren.

Drittens. Ein Land wie Nordrhein-Westfalen muss politisch und wirtschaftlich mit seinen Nachbarn eng verwoben werden.

Wir treten in eine ganz wichtige Phase der europäischen Neuordnung und Neuorientierung ein, und dafür braucht das Land, das die größten gemeinsamen Grenzen mit unseren Nachbarn im Westen hat, eine leistungsfähige Regierungszentrale.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Um auch zu dem Haushaltsplan zu sprechen und das zu beantworten, was die Kollegen hier an Fragen vorgetragen haben – insbesondere die Frage, wo denn neue Stellen geschaffen werden –, will ich die Themen nennen, die in der Vergangenheit nicht zum normalen Aufgabenbereich einer Staatskanzlei gehört haben.

Das eine ist das besondere Jahr 2018 mit dem, was folgt. Es geht um die Zukunft des Ruhrgebiets. Wenn man das ernst nimmt, wenn man eine Ruhrkonferenz startet, wenn alle Minister der Landesregierung mit ihren jeweiligen Partnern aus der Zivilgesellschaft diese Ruhrkonferenz organisatorisch so voranbringen sollen, dass wirklich ein Mehrwert für das Land entsteht, dann braucht es operative Unterstützung. Das hat es noch nie gegeben, dass jeder Minister, jedes Ressort auf diese eine Aufgabe derart fokussiert wird:

(Horst Becker [GRÜNE]: „Das hat es noch nie gegeben“ ist sehr ungenau!)

20 Themenforen mit der Möglichkeit zur Beteiligung für viele Akteure, Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen und Verbände.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Kohlekommission!)

– Dass Sie, Herr Becker, sich nicht für das Thema interessieren, mag sein, aber es gibt Menschen in diesem Land, die sich für das Ruhrgebiet engagieren. Das ist halt so.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie arbeiten dauernd ihre eigenen Probleme ab. Das können Sie machen.

(Horst Becker [GRÜNE]: 60 Leute zusätzlich! Das hat es noch nie gegeben! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Doch, im Umweltministerium! – Gegenruf von Horst Becker [GRÜNE] – Gegenruf von Bodo Löttgen [CDU])

Wir machen etwas anderes: Wir veranstalten 20 Themenforen, wir verpflichten alle Minister, und zur Unterstützung werden zwei Stellen im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten angesiedelt ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Herr Ministerpräsident ...

Armin Laschet, Ministerpräsident: ... und im Haushalt als „künftig wegfallend“ festgeschrieben. Am Ende dieser Wahlperiode werden sie also nicht mehr da sein. Das ist der Unterschied zu dem Ministerium, bei dem Sie mal tätig waren. Über das, was Sie unter Herrn Rimmel im Umweltministerium zulasten aller anderen Kollegen aufgebaut haben und in welcher Weise Sie damals da Politik gemacht haben, reden manche bei der SPD heute noch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt kommt der zweite Bereich.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Herr Ministerpräsident, darf ich Sie an dieser Stelle unterbrechen? Es gibt zwei Mal den Wunsch nach

einer Zwischenfrage, zum einen von Herrn Kollegen Mostofizadeh von den Grünen, zum anderen von Herrn Kollegen Hübner von der SPD-Fraktion.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Gerne.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Dann für die erste Frage Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, danke, dass Sie die Frage zulassen. – Ich muss Herrn Kollegen Becker in Schutz nehmen: Der Zwischenruf kam von mir.

Weil ich so beeindruckt bin von dem, was die Landesregierung gerade so leistet,

(Beifall von Thorsten Schick [CDU])

haben wir vor anderthalb Wochen bei der Kohlekommission nachgefragt, wie gut die Landesregierung mit Maßnahmen auf diese Kommission in Bezug auf das Ruhrgebiet vorbereitet ist. Ich hatte den Eindruck, dass Herr Pinkwart schlichtweg nichts zu bieten hat.

Können wir davon ausgehen, dass Sie in einem Nachtrag weitere Stellen für das Wirtschaftsministerium bereitstellen, um seitens der Landesregierung auf neue Entwicklungen reagieren zu können?

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Armin Laschet, Ministerpräsident: Ich unterstelle, dass einem profilierten Grünenpolitiker wie Ihnen bekannt ist, dass die Kommission, in der Herr Pinkwart derzeit über ein früheres Ende der Braunkohleverstromung mitverhandelt, als Sie es einmal beschlossen haben, etwas anderes ist als die Ruhrkonferenz für das Ende der Steinkohleförderung am 21. Dezember dieses Jahres.

(Beifall von der CDU – Horst Becker [GRÜNE]: Gucken Sie mal in die Aufgabenbeschreibung!)

Es ist ja fast wie in einem Volkshochschulkurs, dass man Ihnen erklären muss, was der Unterschied zwischen Stein- und Braunkohle ist. Die eine wird im Tagebau abgebaut.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das habe ich verstanden! – Weitere Zurufe)

Das wollen wir verkürzen. Darüber berät die Bundesregierung.

(Horst Becker [GRÜNE]: Gucken Sie doch mal in den Einsetzungsbeschluss!)

Diese Arbeit, Herr Mostofizadeh, wird am 1. Februar nächsten Jahres abgeschlossen sein. – Bitte, Herr Becker?

(Horst Becker [GRÜNE]: Gucken Sie mal in den Einsetzungsbeschluss!)

– Ja, ich weiß es. Es wird trotzdem am 1. Februar 2019 enden. Und insofern ist Ihre Frage, ob man dafür zwischen dem 1. und dem 31. Januar 2019 neue Stellen braucht, unsinnig.

Zweitens. Die Ruhrkonferenz wird ein langandauerndes Projekt sein. Um den Strukturwandel zu bewältigen, braucht es die Kraftanstrengung aller. Dafür zwei Stellen im Geschäftsbereich der Staatskanzlei zu schaffen, ist mehr als angemessen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Ministerpräsident, das war die Antwort auf die erste Frage. Darf ich jetzt die zweite Frage zulassen?

Armin Laschet, Ministerpräsident: Ja.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Gut. – Dann Herr Hübner.

Michael Hübner (SPD): Herr Ministerpräsident, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. Ich will Ihnen erst mal zu dem umfänglichen Ausbau der Staatskanzlei gratulieren, den Sie jetzt geleistet haben, sowohl in räumlicher und investiver Natur als auch im Hinblick auf die erhebliche Stellenausweitung, die Sie vorgenommen haben.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Jetzt zu meiner konkreten Frage: Halten Sie es nicht für viel sinnvoller, im Zuge der Ruhrkonferenz die etablierten Strukturen im Ruhrgebiet – sprich: den Regionalverband Ruhr – viel stärker einzubeziehen, um die vorbereitende Arbeit für die Ruhrkonferenz, die wir ausdrücklich unterstützen, zu leisten, als das zu tun, was Sie bisher ausgeführt haben?

(Dietmar Brockes [FDP]: Damit wieder derselbe Müll dabei herauskommt!)

Armin Laschet, Ministerpräsident: Ja, ich halte es für sinnvoll, sie einzubeziehen.

(Zuruf von der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Was haben Sie denn erreicht? – Gegenruf von Thomas Kutschaty [SPD])

Dann kommt der nächste Bereich, den ich gerade schon erwähnt habe: die stärkere europäische Zusammenarbeit. Die hat ebenfalls ihre Akzente. Auch im Haushalt können Sie das nachlesen.

Und drittens: die Stellen für die Unterstützung des Amts des Kulturbvollmächtigten der Länder. Seit Unterzeichnung des Élysée-Vertrags von 1963 ist es

nun überall in Deutschland üblich, dass diese Stellen exakt für die Amtszeit des Bevollmächtigten vorgesehen werden.

Jetzt können Sie sagen, ich hätte das Amt nicht annehmen sollen. Das kann man machen. Seit Heinz Kühn hat in Nordrhein-Westfalen niemand mehr dieses Amt ausgeübt, obwohl kein Land so viele Städtepartnerschaften, Hochschulpartnerschaften und Kulturbeziehungen hat wie Nordrhein-Westfalen.

Sie können im Zweifel sagen: Wir halten das alles nicht für relevant. Die deutsch-französischen Beziehungen sind im Moment nicht wichtig, und da hat Nordrhein-Westfalen auch keine Rolle zu spielen. – Ich sehe das dezidiert anders.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Insofern werden für dieses Amt drei bis zum Ende des Amtes befristete Stellen geschaffen. Das Amt endet am 31.12.2022. Daraus folgt, dass der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen am 31.12.2022 die Stellen wieder streichen wird. Wir tun alles dafür, dass es derselbe Ministerpräsident sein wird wie in diesem Moment.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU: Jawoll!)

Drittens: Antisemitismusbeauftragter. Da waren wir uns doch alle einig: Wir können irgendwelche Symbolakte machen; jemanden berufen, der aber nicht arbeitsfähig ist und der vielleicht auch gar keine Anfragen ...

(Monika Düker [GRÜNE]: Da hat doch keiner was dagegen gesagt! Wer hat das denn in Frage gestellt?)

– Frau Düker, dann ist doch alles gut. Dann sagen Sie mir aber, welche Stellen es nicht geben soll.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ja, ich nenne Ihnen die mal!)

Einen Kulturbeauftragten für Frankreich wollen Sie nicht. – Jetzt rede ich über den Antisemitismusbeauftragten, damit neben Frau Leutheusser-Schnarrenberger jemand sitzt,

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das hat doch keiner gesagt! Unverschämtheit! – Thomas Kutschaty [SPD]: Das hat doch keiner kritisiert!)

der, wenn irgendwo im Lande Not herrscht, wenn in einer Schule etwas vorgefallen ist oder wenn Vorgänge passieren, die wir sonst nicht wahrnehmen, für diese Bürger da ist und rund um die Uhr das Telefon abhebt. Dafür sind zwei Stellen nicht zu viel. Ich will es nicht bewerten, aber für mich sind zwei Stellen für die Antisemitismusbekämpfung in diesem Lande und in dieser Situation, in der wir im Moment leben, nicht zu viel.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und deshalb werden wir weiter sparsam ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Herr Ministerpräsident. Ich muss Sie erneut unterbrechen.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Bitte schön.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Düker hat sich gemeldet. Ich sage vorsichtshalber, dass Sie, Frau Düker, über die Zwischenfrage, falls der Ministerpräsident sie zulässt, nicht in einen Dialog mit dem Ministerpräsidenten eintreten können, sondern eine Frage stellen müssen.

Doch zuerst die Frage an Sie, Herr Ministerpräsident, ob Sie eine Zwischenfrage von Frau Düker erneut zulassen.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Ja.

Monika Düker (GRÜNE): Danke für die Zulassung der Zwischenfrage. – Herr Ministerpräsident, würden Sie unter „neue Aufgaben, die unabdingbar nötig sind“, auch folgende Stellen fassen:

Aus dem Haushaltsnachtrag 2017 nehme ich mal den Persönlichen Referenten für den Regierungssprecher, die Referentin Landespresse- und Informationsamt, die Referentenstelle für die Neustruktur der Medienauswertung – Medienauswertung ist wohl keine neue Aufgabe –, dann die weitere Mitarbeit in der Zentralabteilung, Teamassistenzen, Fahrdienste und – jetzt kommt's; da würde mich auch interessieren, was die eigentlich machen – ein Referat für gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen. Ich wüsste nicht, dass es eine neue Aufgabe ist, dass sich der Ministerpräsidenten mit gesellschaftlichen und ökonomischen Grundsatzfragen beschäftigt.

(Widerspruch von der CDU)

Die dortige Referatsleitung – immerhin B 2 – hat eine Referentenstelle mit A15 und eine Sachbearbeitung mit A13. Darüber hinaus gibt es einen zusätzlichen Referenten in diesem Jahr – A15 – für Frau Staatssekretärin Milz; das ist auch keine neue Aufgabe, Frau Milz war bereits für den Sport zuständig. Dann gibt es noch eine Referentin Medienkompetenz, die Stärkung der Europakommission usw. Das sind nur einige Beispiele.

Zu diesen Stellen stellt sich mir die Frage, was da die zugrunde liegenden neuen Aufgaben sind.

Die Antisemitismusbeauftragte – das habe ich extra gesagt – ist in diese Kritik ausdrücklich nicht eingeschlossen.

(Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU])

Armin Laschet, Ministerpräsident: Ich habe mich an das gehalten, was das Hohe Haus und der Ältestenrat beschlossen haben, nämlich dass wir über den Haushalt der Staatskanzlei, danach über Medienpolitik und dann über Sport reden.

So ist das Verfahren eigentlich. Wenn Sie, Frau Kollegin Düker, ein anderes Verfahren haben wollen, dann müssen Sie das sagen.

(Frank Müller [SPD]: Das ist aber keine Antwort!)

Ich habe vor, beim Tagesordnungspunkt „Sport“ über Sport und beim Tagesordnungspunkt „Medien“ über Medien zu reden.

Wenn Sie exakte Stellenzuschreibungen definiert haben wollen, dann ist dafür – das wissen Sie; und so hat es ja auch stattgefunden – der Haushaltsausschuss der zuständige Ausschuss, der für jede einzelne Stelle Erklärungen bekommt.

Meistens ist es nicht das Plenum, wo eine Sachaufklärung für Nachfragen von Abgeordneten stattfindet.

(Beifall von der CDU und der FDP – Frank Müller [SPD]: Das ist aber Formalismus pur!)

Zum Sport und zu Medien kennen Sie meine Aussage.

Der Zahl der Fahrer haben Sie sich, glaube ich, auch angenommen. Wenn Sie an der Situation der Mitarbeiter interessiert sind, dann können Sie sich gerne über die Belastungen der Fahrbereitschaft informieren und darüber, wie viele Kollegen dort krank sind, wie groß der Belastungszustand ist; denn dann würden Sie hier nicht solche Fragen stellen, Frau Düker.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Wenn es zum Teilbereich a) Staatskanzlei keine weiteren Wortmeldungen gibt – was aufgrund der Redezeit kaum der Fall sein kann –, dann schließe ich die Aussprache zum Teilbereich a).

Ich rufe auf:

b) Europa und Internationales

Die Aussprache dazu eröffnet als erster Redner Herr Kollege Rüdiger Weiß von der SPD-Fraktion.

Rüdiger Weiß (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Verwalten geht vor gestalten – das ist die Überschrift, von der die Landesregierung bedauerlicherweise vergessen

hat, sie über ihren Europahaushalt zu setzen. Glücklicherweise können wir das heute mündlich nachholen.

Wir als SPD sehen an keiner Stelle die Klarheit, die Weitsicht und den Ehrgeiz, welche vor dem Hintergrund der immensen Herausforderungen so dringend nötig wären, um das europäische Projekt weiterzuentwickeln.

Insbesondere angesichts der immer wiederkehrenden Debatten im Landtag über die enormen Herausforderungen in Europa, angesichts der großen Versprechungen, die im Koalitionsvertrag und in den europapolitischen Prioritäten der Landesregierung festgehalten wurden, sowie der anstehenden strukturellen Veränderungen, denen wir auf europäischer Ebene in den nächsten Monaten entgegenblicken – angesichts all dieser Umstände ist der Haushaltsvorschlag der Landesregierung für Europa und Internationales ausgesprochen mutlos und nicht ambitioniert.

(Beifall von Sebastian Watermeier [SPD])

Eins nach dem anderen: Wir sehen nicht nur Schlechtes in dem Kapitel für Europa und Internationales. Beispielsweise ist die Stärkung des Deutsch-Niederländischen Jugendwerks eine gute Sache. Dass Sie auf unser Drängen hin vor dem Hintergrund der Europawahlen doch noch zusätzliche Mittel zur Stärkung der Europafähigkeit bereitstellen, zeigt, dass Sie durchaus vernünftige Elemente in Ihren Haushalt schreiben können – wenn man Sie ein wenig an die Hand nimmt.

Nimmt man den Haushalt genauer unter die Lupe, kommt man nicht umhin, festzustellen, dass der große Wurf, die große Linie oder eine echte Strategie nicht erkennbar sind.

Mit viel Klein-Klein wird zum Beispiel eine einzelne gemeinnützige Organisation aus dem Wahlkreis Kleve unterstützt. Verstehen Sie mich nicht falsch, die Gesellschaft für internationale Begegnungen e. V. Kleve leistet ganz bestimmt einen wertvollen Beitrag für den interkulturellen Austausch. Wir freuen uns selbstverständlich auch darüber, dass die Landesregierung die Unterstützung, die solche Initiativen unter der Vorgängerregierung erfahren haben, fortsetzt. Warum aber genau diese Organisation 20.000 Euro von der Landesregierung bekommt, entzieht sich unserer Kenntnis und ist in diesem Fall schon eine besondere Erwähnung wert.

Noch mal: Die Tatsache, dass Sie gemeinnützigen Organisationen unter die Arme greifen, finden wir gut. Den Verdacht, dass die Abgeordneten von CDU und FDP eine Wunschliste mit ihren persönlichen Lieblingsprojekten an den Finanzminister schicken durften, können Sie mit diesem Haushalt allerdings nicht entkräften.

Unser Tipp dazu: Sollten Sie in Zukunft auf der Suche nach einzelnen unterstützenswerten Initiativen sein, fragen Sie ruhig auch mal über die eigenen Parteigrenzen hinaus nach. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gerne an unseren Vorschlag, die Stiftung „Entwicklung und Frieden“ stärker zu unterstützen. Das haben Sie bekanntermaßen abgelehnt.

Außerdem ist der Haushaltsvorschlag gespickt mit weiteren kleinen Ungereimtheiten, etwa die Verausgabung bzw. die Erhöhung von Mitteln betreffend. Aus Ihrer Antwort auf unsere Anfrage bezüglich der Einsetzung von Mitteln zur Evaluierung entwicklungspolitischer Programme geht hervor, dass Sie nach wie vor auf 100.000 Euro sitzen – ohne einen Plan dafür zu haben, wann und wofür diese Mittel überhaupt verwandt werden sollen.

Unser Verständnis ist: Man legt doch nicht 100.000 Euro an Steuergeldern für 2018 auf die hohe Kante und erklärt dann – wie geschehen – Ende Oktober, dass man eigentlich keine Ahnung hat, was mit diesem Geld überhaupt angestellt werden soll oder wie man gedenkt, diese Mittel auszugeben. Und wenn man es schon nicht schafft, die eingestellten Mittel zu verausgaben, dann erhöht man sie doch nicht noch für das nächste Jahr und glaubt, dass dies unmerklich vonstattengehen kann.

Dass Sie die grenzübergreifende Zusammenarbeit stärken wollen, ist ein gutes Vorhaben. Eine Erhöhung des Titels um 180.000 Euro, obwohl im Haushaltsjahr 2018 deutlich weniger verausgabt wurde – augenscheinlich wurde also weniger gebraucht –, entspricht keiner soliden Haushaltsführung. Es gibt in diesem Haushalt – das kann man gut erkennen – sehr viel Luft nach oben.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass wir in diesem Haushalt grundsätzlich ein Bekenntnis zu Europa sehen. Dieses Bekenntnis unterstützen wir gerne und mit vollem Einsatz und bieten für die Zukunft unsere Hilfe bei der Umsetzung gemeinsamer proeuropäischer Projekte an.

Jedoch genügt der Haushalt nicht den Anforderungen, die wir an ein aktives, selbstbewusstes und gestaltungsfreudiges Land im Herzen Europas stellen. Wir werden Ihrem Vorschlag für den Einzelplan im Bereich Europa und Internationales deshalb nicht zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Weiß. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Krauß.

Oliver Krauß (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Weiß, es ist wirklich schade, dass Sie unsere Strategie nicht erkennen. Denn Sie haben zu Recht ...

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Welche Strategie?)

– Dazu kommen wir noch, Herr Kollege Rimmel. Hören Sie doch einfach erst mal zu.

(Frank Sundermann [SPD]: Aha!)

Unsere europäische Gemeinschaft – das haben Sie dargestellt – steht unbestritten vor großen Herausforderungen. Neben dem Brexit müssen wir uns mit Populismus, der politischen Situation in einzelnen Mitgliedsstaaten und der Solidarität mit bzw. der Hilfe für Mitmenschen, die in Europa Zuflucht suchen, auseinandersetzen.

Die europäische Krise steht im Wechselbezug mit Megatrends gemeinschaftlicher Mobilisierung. Prognosen gehen von einem verdoppelten Bevölkerungswachstum in Afrika bis zum Jahr 2050 aus. Was das bedeutet, hat unser Staatssekretär Herr Dr. Speich im Ausschuss deutlich gemacht.

Er hat gesagt, dass wir dort jedes Jahr etwa 3 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen müssen, es aber insgesamt einen Bedarf von 18 Millionen neuen Arbeitsplätzen pro Jahr gibt, um mit diesem Bevölkerungswachstum Schritt halten zu können.

Diese Herausforderungen in der Welt und in Europa diktieren unsere landespolitische Agenda für das Jahr 2019. Wegmarken sind die Wahlen zum Europäischen Parlament, die Verhandlung des mehrjährigen Finanzrahmens und insbesondere der Brexit. Hierzu setzt unser Landeshaushalt im Bereich „Europa und Internationales“ entscheidende Schwerpunkte. Die Finanzierung erfolgt dabei konsequent und auch unter dem Konsolidierungszwang aufgrund der Landesverschuldung.

Dabei wollen wir gerade jetzt für die europäische Idee werben – nicht, weil wir europabesoffen sind, wie wir es häufig hören, sondern weil es um die existenzielle Bedeutung unserer Gemeinschaft geht, die wir für jeden sichtbar machen müssen.

Bei den Aktivitäten für Europaangelegenheiten gehen wir ins Plus. Die differenzierten Instrumente knüpfen an die hervorragende europäische Praxis an: mit der Europawoche im Mai, der Entwicklung des Städtepartnerschaftsprogramms „Europa bei uns zu Hause“, den Europaschulen und dem starken Engagement in den Euregios.

Aus meiner Sicht erfreulich, Herr Kollege Weiß, war die konstruktive Sondierung aller demokratischen Fraktionen hinsichtlich der Frage, wo wir über den Entwurf hinaus etwas zur Förderung der europäischen Idee bewegen können. Und mit Verlaub: Das ist nicht auf Ihr Drängen hin geschehen, sondern das war Konsens unter uns.

2019 begehen wir das Beneluxjahr. Am Sonntag der kommenden Woche jährt sich zum zehnten Mal die Unterzeichnung der politischen Erklärung auf dem

Petersberg mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten zu vertiefen.

Zusätzliche Akzente sind für das Weimarer Dreieck, die Partnerschaft mit Schlesien und Hauts-de-France vorgesehen, die mit der neuen Erklärung fortgesetzt wird. NRW ist übrigens auch nächster Gastgeber des Jugendgipfels.

Das alles ist für uns Klarheit, Weitsicht und auch der nötige Ehrgeiz, der eingefordert worden ist, Herr Kollege Weiß.

Der Haushalt schafft zudem mehr Potenzial für unsere Beziehungen zu den Freunden aus dem Vereinigten Königreich.

Die auch schon in der vorherigen Debatte angesprochenen Etats tragen die hervorragenden Aufgaben mit, die unser Ministerpräsident als Bevollmächtigter der Bundesrepublik für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit übernimmt. Wir haben es schon häufig gehört, ich möchte es aber gerne noch einmal sagen: Seit Heinz Kühn ist es das erste Mal, dass Nordrhein-Westfalen dieses Mandat innehat und dieses Vertrauen genießt. Wir füllen diese Aufgabe aus.

Zum Thema „Strategie“: Die Mittel für den Vorsitzenden der Europaministerkonferenz werden fortgeschrieben – für die proeuropäische Aktivierung in den Bundesländern, für die starke Positionierung zu mehrjährigen Finanzfragen. Was hier in NRW geleistet wird und was dieser Haushalt fortschreibt, ist eine Festigung des europäischen Fundaments: Der New-Governance-Prozess mit den Niederlanden – das wurde schon angesprochen –, die Zusammenarbeit mit den belgischen Nachbarn, die Kooperation mit der Wallonie, das Zusammenkommen mit Flandern und Ostbelgien sowie der dortigen deutschsprachigen Gemeinschaft, die Brücke nach Polen und Ungarn.

Das internationale Engagement und die Arbeit in der Eine-Welt-Politik wirken ebenfalls direkt vor Ort: mit einer neuen Initiative zur Bekämpfung von Fluchtursachen in Jordanien und in Marokko – das läuft über die GIZ –, mit Kontakt nach Lateinamerika und vor allem mit der Partnerschaft mit Ghana.

Damit kommen wir zum zentralen Punkt: Es gibt keine Wunschliste, Herr Weiß, sondern wichtig sind uns verlässliche Zusagen an unsere unverzichtbaren Partner aus der Zivilgesellschaft, sinnvolle Investitionen sowie die Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden, Kirchen, Stiftungen und Verbänden.

Zu diesen Impulsen kommen noch frische Akzente für unsere Freundschaft mit Israel hinzu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Haushalte für Europa und internationale Zusammenarbeit erzielen mit einem relativ kleinen Budget große positive Wirkungen. NRW ist starker europäischer Akteur auf der

Grundlage von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Verantwortung gegenüber unserer Einen Welt mit Strukturen der Partnerschaft und Kooperation, die wir neu beleben und gewinnen.

Mit dem vorliegenden Haushalt sind wir auf einem engagierten und verantwortlichen Weg, dem wir zustimmen. Wegzeichen für die Zukunft ist, den Einsatz der begrenzten Mittel, die zur Verfügung stehen, weiter zu optimieren. Das ist, wie ich finde, eine hervorragende Strategie. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Krauß. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Krauß, das war kein spaßiger Zwischenruf von mir, als Sie eben die europapolitische Strategie der Landesregierung in den Mittelpunkt Ihrer Rede gestellt haben. Ich habe diese Strategie gesucht, ich habe sie wirklich intensiv gesucht. Ich habe sogar danach gefragt. Auch in Ihrer Rede war jetzt nicht zu erkennen, wo denn die strategische Grundannahme ist, auf der Sie basieren.

Der Ministerpräsident schreibt schöne Essays in Zeitungen. Er erklärt sich in Sonntagsreden. Aber hier im Landtag gibt er gegenüber dem Parlament keine europapolitische Grundsatzregierungserklärung ab, wie sie von uns lange eingefordert wird. Bisher ist hier eine Leerstelle zu verzeichnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Insofern ist das Anlass, heute bei der Haushaltsdebatte auch ein wenig zu reflektieren. Der Einzelplan „Europa und Internationales“ ist – gemessen an den sonstigen Haushaltstiteln, die hier zu besprechen sind – finanziell überschaubar. Insofern fragt man sich: Was ist denn über die Titel hinaus an Europapolitik von dieser Landesregierung bisher zu verzeichnen? Da muss ich sagen: viele schöne Worte in Sonntagsreden. Aber konkrete Taten fehlen leider, wenn es darum geht, dass Europapolitik konkret wird.

Nehmen wir als Beispiel den Brexit. Darüber wird morgen Früh noch zu sprechen sein. Da wird ein Brexit-Beauftragter ernannt. Da gibt es einen Europaminister. Da gibt es einen Wirtschaftsminister. Dann wird noch schnell in London ein Pappschild an die Tür geklebt. In all dem steckt aber keine Struktur. Das ist auch keine Chefsache. Das Ganze ist organisierte Verantwortungslosigkeit!

(Beifall von den GRÜNEN)

Kein Plan, nirgendwo, wie in Nordrhein-Westfalen mit diesem für uns wichtigen Thema, dem Brexit, umzugehen ist!

Oder schauen wir bei dem letzten Besuch des niederländischen Premierministers und dem entsprechenden Abkommen genauer hin. Da wird ein Verkehrsabkommen mit den Niederlanden geschlossen. Aber bei der wichtigsten Frage, wie das mit der Maut mitten in Europa ist, kneift der Ministerpräsident und erklärt seine eigene Machtlosigkeit. Ist das Europapolitik? Ist das die Stärke Nordrhein-Westfalens in der Bundespolitik, die man einbringen wollte? Nichts dergleichen!

Dann schaue ich weiter. Im Zusammenhang mit der Frage, wie es mit Tihange aussieht, werden große Versprechungen gemacht: Ich fahre nach Belgien und schalte das Kraftwerk ab. – Nichts ist dabei herausgekommen. Im Gegenteil! Porzellan ist zerschlagen worden.

Das ist keine Strategie einer zusammenfassenden und überschaubaren Europapolitik. Das ist null, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man sich die Haushaltstitel genauer anschaut, kann man selbstverständlich die Mehrausgaben zur Durchführung des Beneluxjahres begrüßen. Man kann auch begrüßen, dass im Nachhinein – auch auf Druck – zusätzliche Mittel zur Europawahl 2019 bereitgestellt worden sind. Das ist alles richtig.

Was aber den Kern angeht – wir müssten nämlich europäische Bildungspolitik vorantreiben –, ist es sehr bedauerlich, dass Sie unseren Antrag einfach vom Tisch wischen. Da könnten wir wirklich etwas für die Jugendlichen, für die Schulen, für einen Austausch tun.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen 215 Europaschulen. Sie werden in der Tat am untersten Limit finanziert. Da gibt es viel Bedarf nach weiterem Austausch und weiterer Finanzierung. Herr Berger hat es für die CDU-Fraktion richtig beschrieben: Die Finanzierung der Europaschulen ist gesichert. – Ja, mehr aber auch nicht. Etwas mehr sollte als Ambition für eine Europapolitik, die auf einer Strategie für ein friedliches Europa beruht, aber schon drin sein.

Gleiches gilt auch für den Bereich Internationales: viele schöne Worte, aber keine konkreten Taten. Man hat den Eindruck, dass hier mit angezogener Handbremse Politik gemacht wird – auch deshalb, weil die FDP offensichtlich die Eine-Welt-Arbeit, die so wichtig ist, gerade wenn zentrale Fragen wie Klimawandel, Klimaschutz und Migration im Mittelpunkt stehen, ganz abschaffen will. Das ist jedenfalls zu vermuten. Da wird evaluiert, aber keine Politik nach vorne gemacht.

Im Übrigen ist das der einzige Bereich, in dem es keine zusätzlichen Mittel aus dem Füllhorn der Koalitionsfraktionen gibt. Auch da ein beredtes Schweigen zu zukünftigen Anstrengungen.

Auch bei den konkreten Projekten, insbesondere denen, die etwas mit Migration zu tun haben, ist kein Konzept zu erkennen, wie die internationalen partnerschaftlichen Anstrengungen in Nordafrika, in Marokko, in Jordanien zu einer konkreten Linie zusammengebunden werden sollen, damit daraus auch Initiativen für weitere Anstrengungen entstehen können.

Strich drunter – viele schöne Worte, aber leider keine konkreten Taten. Schaffen Sie endlich etwas!

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübner [SPD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Nückel.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Herr Remmel wird immer so lange nach Strategien und Konzepten fragen, wie er keine grünen Strategien und Konzepte vorgelegt bekommt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie verschließen Ihre Augen inklusive der Hühneraugen vor dem, was vorliegt. Okay; es muss Ihnen ja nicht gefallen. Das ist natürlich politische Geschmacksache. Allerdings gibt es keinen Grund für die depressive Stimmung, die auch Kollege Weiß zu diesem Haushalt zu entfachen versuchte.

Vielleicht hat das aber auch etwas damit zu tun, dass sich die sozialdemokratischen Parteienstrukturen in der EU in den meisten Ländern gerade in Auflösung befinden

(Zurufe von der SPD)

oder Sie in der Europapolitik auch im Ausschuss noch nicht Ihren roten Faden gefunden haben. Deswegen haben Sie heute auch nichts zu den wirklichen Herausforderungen gesagt.

(Rüdiger Weiß [SPD]: Sagen Sie einmal etwas dazu!)

Wir beraten über den Einzelplan „Europa und Internationales“ im Landeshaushalt. Klar, es geht auch um die Herausforderungen, die durch den Brexit entstehen werden. Aber auch da sind Aktivitäten entfaltet worden. Kollege Remmel, Sie haben gerade schon die Debatte angesprochen, die wir morgen auf der Tagesordnung haben – mit drei charmant widersprüchlichen Anträgen, sehr durchschaubaren Initiativen der Opposition. Ich glaube, es geht morgen bei

der Debatte wohl doch mehr um den CDU-Bundesparteitag und nicht so sehr um die Frage des Brexit.

Zum NRW-Haushalt: Er ist erstens nicht zu teuer, zweitens nicht zu bescheiden und drittens ein ausgewogener Haushalt mit moderaten Veränderungen im Vergleich zum Haushalt 2018. Kontinuität hat sich bewährt. 2019 stehen einige Highlights an, die sich auch im Haushalt wiederfinden, auch wenn Sie sie nicht sehen wollen.

Noch bis zum Frühjahr ist NRW Vorsitzland der Europaministerkonferenz. Diese Zeit nutzen wir auch, um im Schulterschluss mit den anderen Bundesländern Tendenzen und Vorbehalten, die es gegenüber der EU gibt, zu begegnen.

Die Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn läuft. Sie ist essenziell. Diese wollen wir noch weiter ausbauen, weil wir darauf stolz sein können. Dazu haben wir auch in diesem Jahr schon einige Initiativen beschlossen.

2019 ist Benelux-Jahr. Die Unterzeichnung der politischen Erklärung zur Zusammenarbeit im Benelux-Raum jährt sich zum zehnten Mal. Das nehmen wir zum Anlass, zahlreiche Veranstaltungen gemeinsam mit den Nachbarn durchzuführen, um noch enger zusammenarbeiten zu können – und das sicher nicht nur, weil alle drei Benelux-Regierungschefs Liberale sind.

Die Zusammenarbeit sollte so früh wie möglich gefördert werden. Uns ist es daher auch ein Herzensanliegen, beispielsweise das Deutsch-Niederländische Jugendwerk besonders zu fördern. Das Jugendwerk ist zurzeit in den Räumen der IHK Aachen untergebracht und wird da quasi nebenbei gesteuert. Wir möchten das Jugendwerk professionalisieren und stellen dafür auch Mittel zur Verfügung, damit eigene Strukturen aufgebaut werden können und so mehr Kinder und Jugendliche davon profitieren werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Stärkung der Europafähigkeit des Landes ist mit Blick auf 2019 sicherlich wichtiger denn je. Die Europawahl ist eine große Herausforderung. Wir nehmen die wachsende Europafeindlichkeit nicht nur zur Kenntnis, sondern wir werden ihr aktiv begegnen. Aber das dürfen wir nicht so abstrakt und in Politikersprech tun, lieber Kollege Remmel. Wir müssen da schon emotionaler werden. Schließlich wollen wir ja, dass die Menschen draußen dann die Lieder mitsingen.

Schulprojekte und Initiativen der Euregios werden initiiert und intensiviert. Kontinuität hat sich auch im internationalen Bereich bewährt. Im Rahmen der internationalen Politik sind der Jugendaustausch mit

Israel und die Kooperation mit der Außenhandelskammer sicherlich auch ein wichtiger Baustein.

Die Zusammenarbeit mit Ghana, unserem Partnerland im Bereich Auslandszusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit, führen wir fort. Wir merken auch, dass das in Ghana mit großer Zustimmung und Sympathie gesehen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Tritschler das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Naturgemäß spielt der Abschnitt „Europa und Internationales“ in einem Landeshaushalt eine eher untergeordnete Rolle. Die Frage ist, ob er dort überhaupt eine Rolle spielen sollte, ob die Bundespolitik nicht diese Themen beackern sollte und was man hier überhaupt machen kann, was nicht andere schon tun.

Sie alle haben sich diese Frage offenbar schon vor Jahrzehnten beantwortet. Wie das im Föderalismus der geteilten Verantwortungslosigkeit so ist, ist jetzt jeder für alles und keiner mehr so richtig verantwortlich.

Aber schauen wir einmal in den Haushalt hinein. Da finden wir die alten Bekannten, zum Beispiel einen großzügigen Zuschuss an die sogenannte Europa-Union, die nichts anderes macht als wenig subtile Parteipropaganda für alle,

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

die die EU ganz toll finden und nicht genug Brüsseler Zentralismus haben können, also für CDU, SPD, FDP und Grüne.

Aber da nächstes Jahr sogenannte Europawahlen vor der Tür stehen, reicht das nicht aus. Ihr Antrag mit der blumigen Überschrift „Stärkung der Europafähigkeit“ sorgt für einen zusätzlichen Schluck aus der Steuerzahlerpulle. Die Stoßrichtung der Maßnahme lässt auch nichts Gutes ahnen. So heißt es dort: „Mit großer Sorge nehmen wir die wachsende Kritik an Europa zur Kenntnis.“

Ich habe noch nie jemanden gehört, der Europa kritisiert. Das ist auch schwierig. Europa ist ein Kontinent. Vielmehr gibt es Kritik an der EU. Das ist nun einmal nicht dasselbe, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Aber sei es drum! Wir haben uns langsam an den Neusprech hier gewöhnt. Inzwischen sind wir damit

vertraut und wissen natürlich, dass Sie eigentlich Kritik an der EU meinen.

Da wird es eben kritisch. Wir haben das neulich schon diskutiert. Es ist völlig legitim, sein Heil in einem europäischen Zentralstaat zu suchen. Das ist eine politische Meinung, die man haben kann, warum auch immer. Es ist aber auch legitim, das nicht zu wollen und stattdessen – wie seinerzeit Adenauer und de Gaulle – ein Europa der Vaterländer zu fordern.

(Beifall von der AfD)

Sie aber scheinen zu glauben, dass Ihre Meinung die alleine gültige ist. Und das ist ein klassisches Merkmal von Diktaturen. Ich weiß, Sie glauben, die EU schenke uns Frieden durch einheitliche Steckdosen, wie es Frau Ministerin Heinen-Esser hier neulich vorgetragen hat. Das ist ja auch alles gut und schön. Wahrscheinlich schenkt uns Herr Juncker auch gutes Wetter, Sonne, Mond und Sterne.

Nein, meine Damen und Herren: Wenn die EU tatsächlich so toll und alternativlos ist, braucht sie die Werbung auf Kosten des NRW-Steuerzahlers nicht – vor allem nicht, wenn man weiß, dass die EU selbst und auch die Bundesrepublik schon reichlich Geld in solche Dinge investieren.

Nun kann man ja argumentieren, dass das alles NRW noch irgendwie betrifft. Wir haben immerhin europäische Außengrenzen. Meinetwegen! Schwieriger wird es dann, wenn wir in den Bereich Internationale Angelegenheiten und Eine Welt kommen. Art. 73 Grundgesetz zählt sämtliche auswärtigen Angelegenheiten zu ausschließlichen Bundesangelegenheiten. Jeder Euro, der hier ausgegeben wird, ist also schon unter Verfassungsgesichtspunkten schwierig.

Sie geben aber gleich 5 Millionen Euro dafür aus. Auch hier lohnt sich ein genauerer Blick. Da ist zum Beispiel das sogenannte Promotorenprogramm, das mit stattlichen Summen, nämlich mit 1,4 Millionen Euro, aus dem Landeshaushalt gefördert wird. Schwarz-Gelb hat das zu Oppositionszeiten auch einmal ganz kritisch gesehen. Aber davon hört man nichts mehr. So zahlt der Steuerzahler jetzt dafür, dass peruanische Bauern RWE verklagen, weil RWE angeblich Gletscher in Lateinamerika schmelzen lässt, oder dafür, gleich einen kompletten weltweiten Kohleausstieg zu fordern, was Hunderttausenden von Menschen nicht nur in NRW, sondern auf der ganzen Welt ihre Existenzgrundlage rauben würde.

Es wird Sie also nicht wundern, wenn wir dem Einzelplan schon aufgrund dieses Details nicht zustimmen können.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner das Wort.

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Gott sei Dank wird in diesen Tagen und Wochen wieder über Europa geredet. Wir reden über 70 Jahre Frieden und 70 Jahre Freiheit in Europa. Dennoch droht uns, obwohl wir eine über 80%ige Zustimmung zu Europa haben, eine Wahlbeteiligung von unter 50 %.

Ich weiß nicht, Herr Remmel, Herr Weiß, ob vielleicht die Art unseres rituellen Auseinandersetzens etwas ermüdet und nicht gerade die Begeisterung für Europa weckt.

Weil Sie von der Wahrnehmungsgrenze unserer Tätigkeit gesprochen haben, würde ich gerne mal Folgendes sagen: Ihre Wahrnehmungsgrenze war oberhalb der Wahrnehmung unserer Nachbarn. Das heißt: Ihre Europapolitik ist nicht einmal in Den Haag, nicht einmal in Budapest, nicht einmal in Warschau angekommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das soll keine Kritik sein. Sie können aber sehen, wie schlimm die Zeit ohne Sie empfunden werden muss. Die freuen sich nämlich über uns. Stellen Sie sich das vor! So heruntergekommen sind die!

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Ich glaube, dass Nordrhein-Westfalen ohne Europa nicht da wäre, wo wir heute sind. Wenn wir eine Wahlbeteiligung von unter 50 % zulassen, müssen wir uns mit Sicherheit künftigen Generationen gegenüber rechtfertigen. Wir werden keine zweite Chance für dieses großartige Europa bekommen.

Die AfD hat gerade einen Namen erwähnt, von dem ich gar nicht zu hoffen wagte, dass sie ihn kennt. Nordrhein-Westfalen verdankt seine wirtschaftliche Stärke diesem Europa.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

– Ich höre Ihnen zu. Das fällt mir oft schwer.

(Vereinzelt Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Dieses Europa profitiert von einheitlichen Standards, von offenen Grenzen, von Beseitigung von Handelshemmnissen. All dies liegt sehr im Interesse unseres Landes. Wir haben allein 2017 in Europa Waren für 125 Milliarden Euro verkauft. Wir sind Exportweltmeister wegen der offenen Grenzen, wegen Europa und wegen der Zusammenarbeit.

Uns muss daran liegen, Europa stark zu machen – vor allen Dingen da, wo es noch schwach ist. Wir müssen Europa da stark machen, wo es Abstiegsängste gibt und international vernetzte Wirtschaft als Bedrohung und nicht als Quelle gemeinsamen Wohlstandes empfunden wird.

Nordrhein-Westfalen hat für ein Jahr den Vorsitz in der Europaministerkonferenz. Wir haben uns mit unseren Partnerinnen und Partnern – wie Sie auch – für die Diskussion über Rechtsstaatlichkeit bei unseren Nachbarn, über Pressefreiheit, über Meinungsfreiheit und über freiheitliche NGOs eingesetzt. Wir sprechen darüber, dass Europa akzeptiert wird. Wir sprechen darüber, dass wir Europa leben, erweitern und weitergeben.

Die geplante Europaarbeit ist eine Arbeit im Gesamtkonzept. Die Diskussion, die wir hier führen, sollten wir im Ausschuss führen. Da führen wir sie nicht in dieser Form. Wir führen die Diskussion über dieses Europa viel harmonischer, viel konstruktiver und viel gemeinsamer. Wir sollten dieses Europa unabhängig von Regierungen, an denen Sie gerade nicht beteiligt sind oder auch mal wieder beteiligt sind, gemeinsam aufbauen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir sollten nicht das diskreditieren, was wir in Wahrheit gemeinsam haben.

Ich glaube, dass die Unterstützung all dessen, was wir in der Europawoche machen, was wir mit Benelux machen, was wir mit Ungarn und mit Polen machen, ein Gesamtauftrag dieses Parlaments ist. Da ist nicht entscheidend, ob mir das eine oder andere so gefällt, dass ich sage: Dieser Antrag ist aber von uns; er ist nicht von euch gewesen; ihr habt ihn von uns übernommen. – Wichtiger ist doch wohl, dass wir das Europa an die nächste Generation weitergeben – weiterentwickelt, weitergefördert –, das wir von unseren Großeltern und Eltern bekommen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu dem Teilbereich „Europa und Internationales“ nicht vor, sodass ich die Aussprache zu diesem Teilbereich schließe.

Ich rufe die Aussprache zum nächsten Teilbereich auf:

c) Sport

Als erstem Redner darf ich für die Fraktion der SPD dem Abgeordnetenkollegen Bischoff das Wort geben.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Sportausschuss dieses Landtags haben in der letzten Woche die Haushaltsberatungen mehr als eine Stunde gedauert. Ich denke, das ist Rekord. Ich gehöre dem Ausschuss schon viele Jahre an.

Es ging nur um zwei Punkte, Herr Laschet. Es hat wohl deswegen so lange gedauert, weil nach meiner Einschätzung die Koalitionsfraktionen und auch Sie, Frau Milz, als Regierung ziemlich unsouverän waren und unsere Fragen nicht beantworten konnten. Ich bin gespannt, ob das heute anders wird.

Erster Punkt: Die SPD hat einen Antrag gestellt, für die Bewerbung um die Olympischen Spiele 2032 eine Machbarkeitsstudie zu Kosten von 400.000 Euro in Auftrag zu geben, damit man sieht, ob diese Olympiabewerbung denn vernünftig ist und gefördert werden kann. Diesen Antrag lehnen Sie ab. Ihre Ablehnung ist völlig unverständlich. Da sind Sie wohl auf dem linken Fuß erwischt worden. Ich verstehe gar nicht, warum Sie ihn ablehnen.

Für die Besucherinnen und Besucher will ich kurz den Hintergrund erläutern. Der jetzige Ministerpräsident macht seit etwa anderthalb bis zwei Jahren – ich weiß es nicht genau – regelmäßig Pressekonferenzen mit Herrn Mronz, der die Olympiabewerbung als Privatier antreibt, also als jemand, der Sportmanager und Eventmanager ist und ein Interesse daran hat.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Oberbürgermeister!)

– Ja, eben. Dann müssen Sie dem Antrag doch zustimmen,

(Vereinzelt Heiterkeit)

wenn Sie es so sehen, dass auch alle Oberbürgermeister das gut finden.

Der Ministerpräsident macht also regelmäßig Pressekonferenzen. Und wenn wir dann nachfragen: „Was macht die Landesregierung? Fördert sie die Bewerbung?“, erklärt uns Frau Milz schallplattenähnlich – ich muss jetzt genau überlegen, damit ich die richtigen Worte finde –: Das ist eine private Bewerbung; wir begleiten sie positiv.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

So sagen Sie es immer – da sieht man aber nichts von einer Positionierung.

Von einem Ministerpräsidenten, Herr Laschet, würde ich erwarten, dass er die anderen Parteien einbezieht und darüber nachdenkt, wie man das Projekt fördern könnte, wenn Sie es denn wollten. Die

Chance haben wir Ihnen mit unserem Haushaltsantrag gegeben. Bei der entsprechenden Sitzung waren Sie persönlich nicht dabei, aber Ihre Partei. Sie haben sich einfach weggeduckt und irgendwelche Worthülsen gebracht.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Lächerlich!)

– Ja, lächerlich; Ihr Verhalten war genau so, wie Sie sagen. – Sie haben sich also völlig weggeduckt und haben überhaupt keine Position zu dem Thema.

Ich kann Ihnen für uns sagen: Wir als Sozialdemokraten treten für diese Bewerbung ein. Wenn denn der Breitensport entsprechend gefördert wird, und wenn die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen solche Olympischen Spiele will, treten wir dafür ein.

Es wäre jetzt wichtig, dass Sie auch einmal sagen, wofür Sie eintreten, und nicht nur Pressekonferenzen machen. Das heißt: Nicht nur Ihre PR-Abteilung müsste gut arbeiten, sondern auch Ihre Sportabteilung müsste einmal eine klare Haltung einnehmen.

(Zuruf von der CDU)

– Ich habe meine Haltung bzw. unsere Haltung als Sozialdemokraten gerade erläutert. Hätten Sie zugehört, wüssten Sie es.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Beim zweiten Thema handelt es sich um das sogenannte 300-Millionen-Euro-Programm für die Förderung von Sportstätten im Breitensport. Zumindest der Titel ist gut. Da hat man auch das Gefühl, dass die PR-Abteilung gut gearbeitet hat.

Sie, Herr Laschet, haben das hier vor einem Jahr in den Haushaltsberatungen angekündigt. Das geschah auf unseren Vorwurf hin – er kam sogar von mir –, Sie würden im Breitensport zu wenig machen. Ich hatte kritisiert, dass Sie im Spitzensport zwar etwas tun, im Breitensport aber zu wenig. Dazu haben Sie hier vor einem Jahr gesagt: Ja, wir machen ein Programm. – Dann kam gar nichts.

Vor vier Wochen führte die Staatssekretärin eine Pressekonferenz durch, nachdem wir als Opposition im Sportausschuss vorher viele Fragen gestellt hatten, was denn nun geschehen würde bzw. ob ein Programm käme. Dann gab es noch einmal eine Pressekonferenz. Da wurde wieder gesagt: Es gibt ein 300-Millionen-Euro-Programm. – Wunderbar!

Im Zusammenhang mit den Antworten auf unsere Nachfragen, was denn nun Sache ist, fällt mir nur das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ ein. Es gibt nämlich gar nichts. Bisher gibt es überhaupt kein Programm.

(Zuruf von der CDU)

– Ich will das gerne erläutern. Die Staatssekretärin bzw. die Landesregierung sagt uns, man brauche

noch Zeit und wisse noch gar nichts Genaues. Gleichzeitig haben Sie jetzt im Haushalt 30 Millionen Euro eingestellt. Wir als Parlamentarier sollen also einem Programm zustimmen, das es gar nicht gibt. Sie haben nämlich nichts.

Ich will hier einmal die Bandbreite von Möglichkeiten darstellen. Es kamen ständig begleitende Pressemitteilungen zur Pressekonferenz von Frau Milz, aus denen hervorging, dass Sie nur Vereine fördern wollen, die Sportstätten in ihrem Besitz haben. So steht es in den Pressemitteilungen. Ich habe dazu schon im Sportausschuss Folgendes gesagt: Wenn ich in einem Gespräch mit dem Sportamtsleiter in Duisburg feststelle, dass 90 % der Vereine in dieser Stadt keine Chance haben, unterbricht er mich und sagt: Nein, falsch; 98 % haben keine Chance. – 98 % haben kein eigenes Vereinsgelände oder eine eigene Halle und würden durch das Programm überhaupt nicht gefördert.

Mein Düsseldorfer Kollege sagte mir noch: Sprich doch mal an, dass der Golfklub im Düsseldorfer Norden reich ist. Er hat ein eigenes Gelände. Wenn er etwas braucht, kann er am Programm partizipieren. – Das könnte er, weil ihm das Gelände gehört.

Wenn Sie nur Vereine fördern wollen, die Sportstätten in ihrem Besitz haben, lehnen wir das Programm ab. Für ein Programm, das den Breitensport fördert, finden Sie uns an Ihrer Seite. Ich wiederhole: Sie haben das Programm angekündigt, nachdem wir die Forderung erhoben hatten, dass im Breitensport mehr gemacht werden müsse. – Das ist die Bandbreite dessen, worum es hier geht.

Insofern ist es schon eine Zumutung, vom Parlament zu erwarten, dass es einem Haushaltsantrag in Höhe von 30 Millionen Euro zustimmt, obwohl Sie uns nicht sagen, was in diesem Programm steht. Ich nehme sogar an, dass Sie es selber nicht wissen.

Langer Rede kurzer Sinn: Es ist ziemlich klar, dass wir diesen Antrag ablehnen. Es ist dringend an der Zeit, dass Sie jetzt mal nicht nur die PR-Abteilung arbeiten lassen, sondern auch sagen, wie dieses Millionenprogramm denn nun umgesetzt werden soll. Soll es nur für die Vereine gelten, die eigenen Besitz haben? Soll es auch für die Vereine gelten, die gepachtet haben? Soll es doch für die Städte gelten? Soll es auch für andere Vereine gelten? Da brauchen wir langsam mal Klarheit.

Vor vier Wochen kündigte die Staatssekretärin eine Frist von acht Wochen an. Ich habe das nachvollzogen, Frau Milz. Diese acht Wochen enden – das ist ein lustiges Datum – genau am ersten Weihnachtstag. Wenn Sie am ersten Weihnachtstag für die Vereine eine Bescherung machen wollen, werde ich mein Handy anschalten und hören, was Sie dann verkünden. Zum jetzigen Zeitpunkt aber stimmen wir

natürlich gegen den Haushalt. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bischoff. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Nettekoven das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Jens-Peter Nettekoven (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Bischoff, als ich mir Ihre Ausführungen angehört habe, fiel mir das Zitat ein: Die schwerste sportliche Disziplin ist der Sprung über den eigenen Schatten.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Hätten Sie in den letzten sieben Jahren etwas für den organisierten Sport getan, hätten Sie sich heute nicht diese zwei Punkte herausziehen müssen. Die drei anderen sportpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion fehlen heute ja wieder einmal, nämlich Frau Kraft, Herr Schmeltzer und Herr Jäger. Ich verstehe ja, dass Sie es im Sport nicht leicht haben.

Deswegen kann man auch die guten Schritte der schwarz-gelben Landesregierung loben. Der Sport hat unter der christlich-liberalen Landesregierung eine deutliche Aufwertung erfahren.

(Zuruf von der SPD)

– Bitte?

(Zuruf von der SPD)

– Von Ihnen kam ja nichts Inhaltliches.

(Zuruf von der SPD: Sie müssen mal die Ohren aufmachen!)

Ist das eine Zwischenfrage, die auf meine Redezeit angerechnet wird?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Es wird alles auf Ihre Redezeit angerechnet. Das ist keine zugelassene Zwischenfrage.

Jens-Peter Nettekoven (CDU): Wie gesagt, ich kann verstehen, dass der Stachel bei den Kollegen, bei denen Sie sportpolitischer Sprecher sind, tief sitzt. Das, was Nordrhein-Westfalen derzeit im Sport macht, ist – das muss man echt sagen – schon cool. Das spürt man, wenn man sich mit Vertretern der Vereine und des organisierten Sports unterhält. Da Sie jahrelang nichts getan haben, ist es für uns natürlich ein bisschen leichter.

Im Jahr 2019 investieren wir 217 Millionen Euro in den Sport. Das ist gegenüber dem letzten Jahr eine Steigerung um 34 Millionen Euro.

Klar ist: Unsere politischen Vorhaben im Ressort Sport und Ehrenamt auf ein bloßes Mehr an Fördermitteln und Investitionen zu reduzieren, greift nicht. Unser Ziel ist es, für den organisierten Sport insgesamt die Rahmenbedingungen zu schaffen, die seinem gesellschaftlichen Stellenwert entsprechen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Nettekoven, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Jetzt gibt es eine ordnungsgemäß angemeldete Zwischenfrage des Kollegen Hübner. Ich frage, ob Sie sie zulassen.

Jens-Peter Nettekoven (CDU): Natürlich. Gerne.

Michael Hübner (SPD): Herr Nettekoven, es ist sehr großzügig von Ihnen, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich will die von unserem sportpolitischen Sprecher aufgeworfene Frage präzisieren. Er hat zugegebenermaßen zu Recht thematisiert, unter welchen Kautelen und Förderbedingungen die 300 Millionen Euro als sportpolitisches Programm vorhanden sind.

Würden Sie mir zustimmen, dass es richtig wäre, auch die Städte als Eigentümer vieler Sportanlagen mit in die Förderkautelen einzubeziehen? Denn das wäre ein richtiger und fortschrittlicher Weg, um den Investitionsstau, den wir bei den städtischen Sportanlagen haben, zu beseitigen.

Jens-Peter Nettekoven (CDU): Wenn Sie mich als Sportpolitiker fragen, sage ich Ihnen: Jeden Euro, den wir in Sportstätten investieren können, würde ich sofort nehmen. – Hätten Sie in den letzten sieben Jahren etwas in die Sportstätten investiert, hätten wir nicht einen so hohen Investitionsstau.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte einmal zitieren, was die Kollegin Kraft – das kann man ja nachlesen – im Sportausschuss feststellte. Sie sagte, die rot-grüne Landesregierung habe genug für die kommunalen Sportstätten getan. Sie erwähnte jedes Mal „Gute Schule 2020“. Wenn es nach Rot-Grün geht, hat man also genug für die kommunalen Sportstätten getan. Ich bin froh ...

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sie beantworten nichts von der Frage!)

– Doch, Frau Kollegin, ich habe die Frage beantwortet. Ich habe gesagt, jeder Euro, der in die Infrastruktur des Sports geht, ist zu begrüßen. 300 Millionen Euro sind ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Ich danke dem Finanzminister dafür, dass er uns das Geld zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall von der CDU)

Wenn NRW als Sportland auch in Zukunft seinen Spitzenplatz im bundesdeutschen Vergleich verteidigen will, dann geht das nicht ohne diese moderne Sportstätteninfrastruktur. Wir haben – das wurde schon ausgeführt – 30 Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2019 vorgesehen. Damit fällt der Startschuss für ein Förderprogramm, das dem vielfach beklagten Modernisierungstau ein Ende setzt und eine lange Zeit schmerzlich vermisste Investitionsdynamik in Gang setzt.

(Zuruf von der SPD: Das ist unglaublich!)

Herr Kollege, lassen Sie mich noch eine Ausführung machen. Haben Sie eigentlich dem Präsidenten des Landessportbundes auch die Information gegeben, dass Sie das kritisieren? Haben Sie?

(Zuruf von der SPD)

– Gut, alles klar.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Nettekoven, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage vom Abgeordneten Hübner. Wollen Sie diese noch zulassen?

Jens-Peter Nettekoven (CDU): Natürlich, noch eine.

Michael Hübner (SPD): Herr Nettekoven, es ist sehr lieb von Ihnen, dass Sie mir das zum zweiten Mal gestatten. Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass die Kommunen über diese Mittel für ihre Sportstätten auch verfügen dürfen?

Jens-Peter Nettekoven (CDU): Nein.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wie, nein? Das ist haushaltsrechtlich ein bisschen schwierig! – Michael Hübner [SPD]: Nein?)

– Nein.

(Zuruf von der SPD: Geht es noch billiger? – Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Der Kollege Nettekoven hat jetzt das Mikrofon zur Beantwortung. Wenn ich es richtig verstanden habe, hat er ...

Jens-Peter Nettekoven (CDU): Das moderne Sportstätteninvestitionsprogramm 2022 ist für Vereine und für Verbände vorgesehen und nicht für die Kommunen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Und was passiert mit den kommunalen Sportstätten?)

Einen Hinweis noch, Herr Kollege. Im Sportausschuss wurde vonseiten der Landesregierung ausführlich darüber berichtet, wie die Ausführungsbestimmungen aussehen sollen,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Nein, wurde es nicht!)

dass man mit den Vereinen spricht, dass man auch Kritik ...

(Zurufe von der SPD: Nein, das stimmt doch nicht! – Josefine Paul [GRÜNE]: Wir haben gefragt, aber wir haben keine Antwort gekriegt!)

– Also in der vorletzten und in der letzten Sitzung des Sportausschusses wurden die Fragen aufgenommen. Da wurden auch Hinweise von der Staatssekretärin gegeben, dass Sie, wenn Sie Hinweise geben wollen und können, diese gern bringen können.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wir sind doch nicht für Hinweise an die Landesregierung da!)

Ich glaube, dass wir Sauberkeit vor Schnelligkeit gehen lassen sollten. Deswegen finde ich es gut, dass die Ausführungsbestimmungen nicht sofort kommen, sondern dass man sich damit Zeit lässt.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig, genau! – Beifall von der CDU)

Ja, es ist schon schwer zu sehen, dass im Sport jetzt etwas passiert,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Es ist schwer zu ertragen!)

was man selber vorher nicht gemacht hat. Genau.

Was bei dem Sportstätteninvestitionsprogramm gefördert wird, haben Sie eben schon angedeutet: die nachhaltige Modernisierung, die Instandsetzung, die Sanierung, die Entwicklung und Erweiterung sowie der Umbau und der Ersatzneubau von Sportstätten und Sportanlagen.

Als Ministerpräsident Armin Laschet bei seinem Regierungsantritt den Sport zur Chefsache erklärt hat, gab es zum Teil abwartende Reaktionen aus dem organisierten Sport. Heute wird dies von der Mehrheit der handelnden Personen explizit begrüßt. Als sportpolitischer Sprecher möchte ich mich bei allen Beteiligten für die konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle des nordrhein-westfälischen Sports bedanken. Zusammen haben wir das Feld für eine nachhaltig positive Entwicklung des Sports in unserem Bundesland bereitet.

Meine Damen und Herren, die ersten Erfolge sind bereits spürbar. Weitere werden folgen. Ich hatte es beim letzten Mal schon gesagt, dass Erfolg drei

Buchstaben hat: T U N. Wir tun etwas für den Sport, im Gegensatz zu Rot-Grün. Darauf bin ich stolz. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Nettekoven. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Paul das Wort.

(Michael Hübner [SPD]: Frau Kollegin, nein!)

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte mir auf meinem Zettel als Einstieg notiert, dass es schön ist, dass wir eine große Kontinuität in der Sportförderung und in der Sportpolitik haben und dass wir uns eigentlich immer als eine Sportfraktion verstanden haben.

Jetzt habe ich die Ausführungen von Herrn Nettekoven gehört und denke mir: Na ja, den Satz kann ich mir auch sparen. Denn eine große Kontinuität kann ich hier nicht wirklich erkennen.

(Beifall von der SPD)

Ich kann auch nicht mehr erkennen, dass wir an dieser Stelle an einem Strang ziehen. Herr Nettekoven, ganz ehrlich, es ist doch unnötig, als Allererstes loszukoffern und zu sagen, Rot-Grün habe in der gesamten Regierungszeit nichts für den Sport getan.

Aber das ist offensichtlich die Tageslosung. Jeder Redner der regierungstragenden Fraktionen hat auf den Tisch bekommen: Ihr müsst einmal sagen: „In sieben Jahren ist nichts passiert“ – ob das stimmt oder nicht, ist völlig egal. Im Sportbereich stimmt es eindeutig nicht!

(Beifall von der SPD)

Denn Sie haben doch in Ihrer Regierungszeit einen Pakt für den Sport gemacht und diesen mit null Euro hinterlegt. Da hat sich der Sport gefreut, dass er ein so schönes Papier bekommen hat. Es musste aber erst Rot-Grün kommen, damit auch Finanzen hineingepackt wurden. Ich würde nicht behaupten, dass das nichts war. Das, finde ich, kann man im Sinne der Kontinuität der Sportförderung zumindest einmal anerkennen.

Grundsätzlich sind wir doch alle der Auffassung, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein Sportland sind, dass wir eine sportbegeisterte Bevölkerung haben. Ob man das jetzt „Nummer-eins-Sportland“ oder „Sportland Nummer eins“ nennt, das sind doch Spitzfindigkeiten. Aber dass Sie jetzt herausziseln wollen, dass es erst die neue Landesregierung brauchte, damit überhaupt der Sport entdeckt wurde, entspricht schlicht und ergreifend nicht der Wahrheit. Diese Argumentation finde ich auch einigermaßen unredlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Kommen wir zur Frage des Investitionsprogramms. Das, Herr Nettekoven, was Sie gerade vorgetragen haben, ist doch entlarvend. Sie haben offensichtlich selbst nicht verstanden, was die offenen Fragen sind. Wir haben das im Sportausschuss miteinander diskutiert. Wir haben die Landesregierung gefragt. Es gibt offene Fragen, zum Beispiel rechtlicher Art.

Sie haben jetzt gesagt: Nein, die Kommunen bekommen nichts von dem Geld. – Das war immerhin eindeutig. Danke für diese Klarstellung. Das bringt aber die nächsten Schwierigkeiten mit sich. Das haben wir auch im Sportausschuss schon nachgefragt. Das fragen uns auch unsere Kommunalos und Kommunalas.

Die fragen nämlich: Was ist denn, wenn der Sportverein Mittel beantragt für eine eigentlich kommunale Anlage? Sollen dann die Sportausschüsse vor Ort sagen: „Okay, ihr könnt das Geld beantragen“, und anschließend ist nicht klar, wem die Anlage gehört? Gehört sie jetzt den Sportvereinen, weil die Mittel an die Sportvereine gegangen sind? Oder gehört sie weiter der Kommune?

Dazu haben Sie gar nichts gesagt, weil Sie das Problem nicht einmal erfasst haben. Vielmehr reden Sie drumherum und erzählen, endlich würde etwas für die Sportinfrastruktur getan. Das ist richtig; das haben wir im Sportausschuss auch gesagt. Da sind wir an Ihrer Seite, wenn es für die Sportstätteninfrastruktur mehr Geld geben soll.

Wir wollen allerdings nach wie vor wissen, wie dies geschehen soll. Die Kollegin Kraft hat es ja auf den Punkt gebracht. Das, was Sie hier vorgelegt haben, ist überhaupt nicht haushaltsreif, weil keine der Fragen beantwortet werden konnte. Auch Sie haben wieder eindeutig gezeigt, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sagen: Wir haben keine Ahnung, wie es funktionieren soll, aber wir machen mal.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das sind die Punkte, die wir kritisieren. Legen Sie hier nach, dann sind wir auch an Ihrer Seite! Denn wir alle wollen eine gute, funktionsfähige Sportstätteninfrastruktur für Nordrhein-Westfalen.

Noch ein anderer Punkt: Wir haben jetzt die Bund-Länder-Vereinbarung zur Neuausrichtung des Leistungssports bekommen. Ich denke, das ist eine gute Vereinbarung, die dort getroffen worden ist, weil sie endlich die Finanzierung für den Leistungssport vernünftig vom Kopf auf die Füße stellt und weil sie nach dem Verursacherprinzip deutlich macht, wer für was finanziell verantwortlich ist.

Nichtsdestotrotz knüpfen sich daran für mich zwei entscheidende Fragen an. Zum einen verpflichtet sich das Land bzw. verpflichten sich die Länder auch

in dem Bereich schon wieder, dass sie die Sportstätteninfrastruktur für den Leistungssport weiter ausbauen und dass sie dort weiter investieren. Davon finde ich nichts im Haushalt wieder.

Ich möchte gerne von der Staatssekretärin bzw. vom Ministerpräsidenten wissen, wie Sie diese Bund-Länder-Vereinbarung umzusetzen gedenken. Wird im Haushaltsjahr 2019 auch etwas für die Sportstätteninfrastruktur im Leistungssportbereich getan? Das ist in der Vereinbarung vorgesehen, aber so nicht etatisiert. Das ist die erste Frage.

Es ist sehr gut, dass in dieser Vereinbarung klargestellt wird, dass der olympische und der paralympische Sport gleichberechtigt sind. Das ist eine sehr gute Nachricht. Das unterstützen wir auf jeden Fall. Aber zu den Stichworten „Paralympisches Zentrum Nordrhein-Westfalen“ und „Aktionsplan Inklusion“ stellt sich die Frage, wie weit Sie in diesem Bereich sind. Denn auch zu diesen Bereichen findet sich leider kein einziger Euro im Haushalt wieder.

Erklären Sie mir bitte zumindest, wie die Planungsstände sind, denn bislang sind das nur große Vorhaben. Da wird es wieder „Aktionsplan“ oder „Zentrum“ genannt, aber außer heißer Luft verbirgt sich bislang nicht viel dahinter.

Sie haben jetzt die Gelegenheit, mich eines Besseren zu belehren. Denn die Gleichberechtigung von olympischem und paralympischem Sport ist etwas, was uns verbindet und was wir gemeinsam vorantreiben sollten. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Terhaag das Wort. Bitte sehr.

Andreas Terhaag (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich ist in unserem Land Bewegung in den Sportsektor gekommen, denn die NRW-Koalition hat in diesem bisher vernachlässigten Bereich schon im letzten Jahr viel erreicht. Ich freue mich, dass wir diesen Kurs in den kommenden Jahren fortsetzen werden.

(Beifall von der FDP)

Mit dem Haushaltsentwurf 2019 zeigen wir erneut, dass Nordrhein-Westfalen als Sportland Nummer eins einen hohen Stellenwert im Regierungshandeln genießt. Unsere rund 18.500 Sportvereine mit mehreren Millionen Sportlern in NRW leisten einen unglaublich wertvollen Beitrag unter anderem zu Gesundheit, Sozialverhalten, Integration und Identifikation.

Wir sind uns der hohen, vielschichtigen Bedeutung unserer Sportvereine und deren Mitgliedern, vor allem aber auch der vielen engagierten ehrenamtlichen Kräfte in unseren Vereinen und Verbänden bewusst. Deshalb ist es nur konsequent, die gesellschaftspolitische Wertschätzung auch in finanzieller Unterstützung durch das Land zu zeigen.

Das machen wir. Mit rund 50 Millionen Euro Mehrausgaben gegenüber der letzten Links-links-Koalition pushen wir den Sport ordentlich nach vorne.

(Lachen von Michael Hübner [SPD])

Das ist großartig,

(Michael Hübner [SPD]: Das ist großartig!)

denn für den organisierten Sport ist das nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein, sondern schon ein kleiner Regenguss. Nachdem wir letztes Jahr den Spatenstich vorgenommen haben, können wir nun auf dem gesetzten Fundament aufbauen und den Breiten- wie auch den Leistungssport weiter fortentwickeln.

Die finanziellen Aufwüchse aus dem laufenden Haushaltsjahr werden wir daher für das kommende Haushaltsjahr überrollen. So wird zum Beispiel die Trainerfinanzierung durch unseren Partner, den Landessportbund, mit 5 Millionen Euro pro Jahr fortgeführt.

Medaillen gewinnen immer nur die besten Sportler. Daran arbeiten wir, und ich freue mich, dass im kommenden Jahr weitere 18 Stellen für die Sportschulen zur Verfügung stehen werden. Das kommt unseren talentierten Nachwuchssportlern zugute.

(Beifall von der FDP und der CDU)

In diesem Jahr greifen aber auch unsere Anstrengungen im Leistungssportbereich. Erstens konzentriert sich die NRW-Sportstiftung seit diesem Jahr infolge der gelungenen Umorganisation auf die ganzheitliche Individualförderung der Athleten. Das ist eine sehr gute Ergänzung zu den Angeboten der Spitzensportförderung der Stiftung Deutsche Sporthilfe.

Zweitens liegt ein Schwerpunkt auf der dualen Karriere. Der Umstand, dass nun auf der nachsportlichen Förderung unserer Athleten ein größeres Augenmerk liegt, macht mich außerordentlich zufrieden. Das hilft, sich für eine Karriere im Leistungssport zu entscheiden.

Drittens konzentriert sich die NRW-Sportstiftung nun auch auf die Stärkung der NRW-Leistungsstandorte mit Schwerpunkt auch auf dem paralympischen Leistungssport. Das ist ein unerlässliches Teilstück auf dem Weg zur Etablierung eines Paralympischen Zentrums in NRW. Hierzu gehört auch das Bemühen der Landesregierung um den Standort des Internationalen Paralympischen Komitees.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erstmals – das wurde hier schon erwähnt – wird es ab dem kommenden Jahr bis zum Jahr 2022 für die Sportvereine und Sportverbände ein 300 Millionen Euro umfassendes Sportstättenförderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ geben. Mit diesem Programm stoppen wir endlich den zunehmenden Verfall unserer fast 38.000 Sportstätten in unserem Land. Mit „Moderne Sportstätte 2022“ schaffen wir eine Trendumkehr und können das vielfältige und breit angelegte Sportangebot auf ein stabiles Fundament setzen.

Ziel ist ein sportfreundlicheres Umfeld für unsere Sportler, Motivatoren, Netzwerkpartner und vor allem die unzähligen ehrenamtlich Tätigen in unseren Vereinen und Verbänden, das sich an den Ansprüchen und Anforderungen der Gegenwart orientiert.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Terhaag, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Hübner möchte ...

Andreas Terhaag (FDP): Später.

Wir sind stolz, dass das Sportstättenförderprogramm so vielfältig angelegt ist.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Sportstätten und Sportanlagen werden modernisiert, saniert, besser ausgestattet, entwickelt, erweitert, umgebaut oder sogar ersetzt. Dabei werden besonders energetische Verbesserungen, digitale Modernisierungen und die Herstellung von Barrierefreiheit berücksichtigt. Gerade die Barrierefreiheit ist für ein gelebtes Miteinander von allen Sporttreibenden mit oder ohne Handicap wichtig.

Mit diesem einmaligen Sportförderprogramm gehen wir in Nordrhein-Westfalen einen neuen Weg. So soll das Programm von den Nutzern, also den Vereinen und den Verbänden, so unbürokratisch wie möglich in Anspruch genommen werden können. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass sich die Landesregierung entsprechend Zeit für eine ordentliche Ausführung des Programms lässt.

Kurz vor der Zielgeraden im Beratungsverfahren nehmen wir trotz der schon vielen finanziellen Stärkungen im Sport noch zwei weitere Maßnahmen für das kommende Jahr auf. Mit der einen reagieren wir auf die veränderte digitale Lebenswelt der Kinder und damit auch auf ihr motorisches Aktivitätsniveau.

Mit der Ausrichtung des Wettbewerbs „NRW YoungStars“, das bisher nur im Regierungsbezirk Arnsberg erfolgreich ausgerichtet wurde, wollen wir die Basissportarten Turnen und Leichtathletik wieder in allen Grundschulen des Landes in den Fokus rücken.

Zusammen mit dem neuen vierjährigen Projekt „Sportplatz Kommune“ wollen wir unseren Kindern sozusagen doppelgleisig die Freude an Bewegung mit allen positiven Begleiterscheinungen näherbringen.

Noch ein letzter Punkt zum Thema „Gesundheitsposition“: In Nordrhein-Westfalen ereignen sich pro Jahr rund 400.000 Sportunfälle. Hier muss dringend umgedacht werden. Deshalb haben wir das mehrjährige Projekt „Sicherheit im und durch den Sport in der Kommune“ aufgesetzt, in dem von Fachleuten ein Gesamtkonzept zur Vorbeugung von Sportunfällen entwickelt wird.

Sie sehen, die NRW-Koalition setzt sich für alle Bereiche des Sports ein und untermauert dies auch im Haushalt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Terhaag. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Keith das Wort. Wenn ich richtig informiert bin, ist dies Ihre erste Rede in diesem Hohen Haus.

(Andreas Keith [AfD]: So ist das!)

Sie haben das Wort.

Andreas Keith (AfD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit, Herr Laschet, haben Sie den Sport zur Chefsache erklärt und in der Staatskanzlei angesiedelt, haben eine Staatssekretärin ernannt und immer wieder betont, dass der Sport und das Ehrenamt für Sie eine Herzensangelegenheit seien.

Vielleicht schlägt Ihr Herz aber besonders für eine mögliche Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2032 in NRW. Ich glaube, dass Sie das Heft des Handelns gar nicht aus der Hand geben möchten und deswegen diese Umlegung vollzogen haben.

Nach über einem Jahr Stillstand präsentieren Sie uns nun im Haushalt 2019 den großen Wurf in Sachen Sport. Im Mittelpunkt steht das 300-Millionen-Programm zur Modernisierung und Sanierung moderner Sportstätten. Herr Laschet, das von Ihnen ausgerufene Sportland Nummer eins hat aktuell einen Investitionsstau von circa 2,5 Milliarden Euro, und das bei positiver Betrachtung.

Es gibt auch Experten, die sprechen von weit über 3 Milliarden Euro. 2019 wollen Sie hier 30 Millionen Euro und dann bis 2022 jährlich 90 Millionen Euro in die Sanierung und Modernisierung von Sportstätten investieren.

Dabei, liebe SPD und Grüne, ist es uns und auch den Bürgern völlig egal, wer den Karren in den Dreck gefahren hat. Mit dieser Nummer ziehen Sie ihn zumindest nicht mehr heraus.

(Beifall von der AfD)

Herr Terhaag, die 300 Millionen Euro sind maximal ein kleiner Schritt in die richtige Richtung und vielleicht ein ganz kleiner Tropfen auf den sehr heißen Stein und nicht der große Wurf oder der große Regenguss, als den Sie ihn gerade beschrieben haben.

Ob es das Dach eines Tennisvereins in Iserlohn ist, die marode Sporthalle in Gelsenkirchen, der völlig veraltete Aschenplatz in Herne oder die maroden Sanitäranlagen auf den vielen Sportplätzen und Fußballplätzen, auf denen ich mit meinen Kindern war – das sind nur wenige Beispiele von vielen unhaltbaren Zuständen im ganzen Land, die man täglich in der regionalen Presse in Laschets Sportland Nummer eins nachlesen kann.

Ob und wie viele Sporteinrichtungen eben nicht warten können, bis die ersten Millionen vom Land fließen, ist nicht bekannt. In einem Artikel der „ZEIT“ vom 29. Juli 2018 heißt es, dass allein in diesem Jahr acht Schwimmbäder in Nordrhein-Westfalen schließen mussten. 19 weitere Schwimmbäder sind aktuell von einer Schließung bedroht.

Wie schwerwiegend und weitreichend der Verlust solcher Sportstätten ist, zeigt eine Forsa-Umfrage der DLRG aus dem Jahr 2017. Während 1990 noch 90 % der Kinder im Alter von zehn Jahren schwimmen konnten, sind es heute nicht einmal mehr 40 %. Daraus resultieren jährlich Hunderte Badeunfälle, die zum Teil tödlich enden.

Moderne und professionelle gut ausgestattete Sporteinrichtungen wie in den oben aufgeführten Beispielen können nicht nur einen Beitrag dazu leisten, Leben zu retten, sondern tragen in besonderem Maße zur Erhaltung unserer Gesundheit bei. Laut einer aktuellen Studie sind 16 % unserer Kinder übergewichtig. Bewegung und eine sportliche Betätigung sind für die Entwicklung unserer Kinder wichtiger denn je. Insbesondere die Vernetzung von Schulen mit Sportvereinen wäre ein Ansatz, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Hier fehlt es aber an geeigneten Konzepten und dem politischen Willen für neue, alternative Ansätze.

(Beifall von der AfD)

Gerade im Zeitalter der Digitalisierung ist der persönliche Umgang mit anderen Menschen ein wichtiger Faktor. So sind Sportstätten eben auch Begegnungsorte, in denen vor allem Kinder und Jugendliche den respektvollen und sozialen Umgang miteinander erlernen können.

In diesem Zusammenhang können wir den vielen Zehntausend ehrenamtlichen Helfern, die sich tagtäglich in den Vereinen engagieren, nicht genug danken, denn ohne ihr Engagement wäre Vereinsarbeit hier in Nordrhein-Westfalen nicht möglich.

(Beifall von der AfD)

Es wäre jetzt an der Zeit, Herr Laschet, diesen Menschen ein Signal zu senden, und dazu reichen 300 Millionen Euro – wie gesagt, ein Tropfen auf den heißen Stein – eben nicht aus.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Herzensangelegenheit von Herrn Laschet und seinem Kabinett, die Olympischen Sommerspiele 2032, zu sprechen kommen, obwohl niemand weiß, ob man sie machen möchte oder nicht. Sie kosten unheimlich viel Geld – das hat man in Rio und in London gesehen – und binden riesige Ressourcen, die vorwiegend vom deutschen Steuerzahler getragen werden müssten.

Es darf nicht sein, dass sich eine kleine, völlig von der Gesellschaft abgekoppelte elitäre Gruppe wie das Internationale Olympische Komitee – ähnlich wie die FIFA oder die UEFA in einer anderen Sportart – auf Kosten der Gesellschaft die Taschen füllt. Sollte es zu einer Bewerbung kommen, müssen die Bürger in Nordrhein-Westfalen im Voraus transparent, ehrlich, zeitnah und vollumfänglich informiert werden.

(Beifall von der AfD)

Es muss garantiert sein, dass mit den Menschen und zum Wohle des Landes und nicht für die Interessen einiger weniger entschieden wird. Die Alternative für Deutschland wird sich genau dafür einsetzen und die Interessen der Menschen, der Bürger in unserem Land im Auge behalten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie sind keine Alternative!)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wenn Ihnen der Sport wirklich am Herzen liegt, betreiben Sie hier bitte keine Symbolpolitik, sondern legen Sie ein zukunftsweisendes Konzept vor und nehmen Sie das Geld in die Hand, das notwendig ist, um Nordrhein-Westfalen im Bereich Sport wieder fit und zukunftsfähig zu machen. Ihre aktuellen Programme, beispielsweise „Moderne Sportstätte 2022“, reichen dafür lange nicht aus. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keith, und herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede im Parlament. – Als nächster Redner hat nun für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Laschet das Wort. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst auf die letzten Bemerkungen eingehen, die auch Herr Bischoff gemacht hatte. Sie fragten mich sinngemäß nach meiner Meinung in Bezug auf die Olympischen Sommerspiele 2032. Das wundert mich doch schon sehr, weil wir uns immer wieder dezidiert dazu geäußert haben. Ich wiederhole es aber gern noch einmal hier im Landtag.

Aus der Bürgerschaft heraus ist die Idee entstanden, dass nachhaltige Olympische Spiele bedeuten, die vorhandenen Sportstätten zu nutzen, und dass man nicht, wie in Rio oder Peking, für viele Milliarden Euro etwas aufbaut, das nach vier Wochen nur noch herumsteht. Genau das kann man sowohl in China als auch in Rio besichtigen, alles zulasten der Bevölkerung in diesen Ländern.

Hier liegt vielmehr ein Konzept auf dem Tisch, wonach 80 % bis 90 % aller Sportstätten in Nordrhein-Westfalen Woche für Woche von Hunderttausenden von Menschen besucht werden. Der Sport findet hier statt. Man könnte sie für Olympische Spiele nutzen. Und wenn die Olympischen Spiele beendet sind, werden sie weiter von Hunderttausenden Menschen besucht. Das ist die Idee.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für diese Idee gibt es Sympathie: bei uns, in der Landesregierung, bei der SPD, bei fast allen Fraktionen dieses Hauses.

Und jetzt ist die Frage: Was ist der nächste Schritt? Dazu muss man klarmachen, und zwar mit aller Behutsamkeit: Die Bewerbung muss der DOSB abgeben. So sind die Regeln. Es kann sich nicht eine Stadt bewerben, es kann sich auch nicht ein Land bewerben, sondern der Deutsche Olympische Sportbund muss erstens sagen: „Wir wollen uns international bewerben“, und zweitens die Frage beantworten, mit welcher Stadt.

Manchmal vernehme ich, das könnte auch Berlin sein. Da sage ich: Das ist ein Wettbewerber, bei dem man schon im Ansatz erkennen kann, dass es nie funktionieren wird. – Aber es könnte auch noch andere deutsche Städte geben, und dann wird es einen internen Wettbewerb um das beste Konzept geben.

Ich bin am Samstag beim Deutschen Olympischen Sportbund, der in Düsseldorf tagt, zu Gast. Ich will dort zusagen, dass für den Fall, dass die Idee weiter wächst, also der Gedanke der Nachhaltigkeit umgesetzt wird, Nordrhein-Westfalen bereit ist, das Ganze zu unterstützen, aber mit allem Respekt vor denen, die darüber zu entscheiden haben. Und das ist der Deutsche Olympische Sportbund. So ist die Haltung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dazu ist erforderlich, dass wir die Städte erst mal mit an Bord haben. Wir werden, wenn es erst mal konkreter wird, Herr Bischoff, natürlich auch im Sportausschuss des Landtags sehr häufig darüber reden müssen. Der erste Schritt bestand darin, die Oberbürgermeister unterschiedlicher Parteipräferenz von 14 Städten dazu zu bringen, zu einem Konzept Ja zu sagen.

Manche Städte haben viele wichtige Sportstätten, manche haben vermeintlich kleinere Sportarten bei sich, und trotzdem müssen alle sagen: Da sind wir dabei. – Das ist ein Dialogprozess, der weitergeht. Wir können irgendwann im nächsten Jahr im Ausschuss erörtern, wie die weiteren Zeitpläne aussehen, bis wann was wo erklärt werden muss. So weit sind wir jetzt aber noch nicht.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Ministerpräsident, entschuldigen Sie, dass ich Sie an dieser Stelle unterbreche. Die Abgeordnete Paul würde Ihnen schon seit einiger Zeit gerne eine Zwischenfrage stellen.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Ich habe doch gerade erst angefangen. – Aber gut.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Sie lassen das zu, entnehme ich Ihren Worten. – Bitte.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. In der Tat, Sie haben gerade erst angefangen, aber da haben Sie schon das wiederholt, was auch in der Olympiabewerbung allgemein immer konstatiert wird: wir hätten 80 % bis 90 % der Sportstätten, die für Olympische Spiele in Nordrhein-Westfalen notwendig wären.

Ja, wir haben diese Sportstätten, aber Sie werden sicherlich mit mir der Meinung sein, dass wahrscheinlich keine einzige für 2032 in einem olympiafähigen Zustand wäre. Nun haben Ihre regierungstragenden Fraktionen im Sportausschuss die Forderung nach einer Machbarkeitsstudie abgelehnt, die eben auch solche Frage eruieren soll.

Sie haben von Nachhaltigkeit gesprochen, und das schließt für mich Transparenz ein. Wie plant die Landesregierung, die tatsächlichen Finanzbedarfe zu ermitteln, bevor wir überhaupt in eine Bewerbung eintreten? Was brauchen wir für Sportstätten? Was brauchen wir für die Ertüchtigung der restlichen Infrastruktur?

Armin Laschet, Ministerpräsident: Diese Fragen wird man, bevor man in die Bewerbung, in einen

Wettbewerb unterschiedlicher Städte hineingeht, natürlich beantworten müssen. Aber der Zeitpunkt ist jetzt zu früh. Natürlich wird die Sportstätte 2032 nicht aussehen wie 2018. Das ist klar. Aber ich gehe davon aus, dass sich das frühere Westfalenstadion, die Arena auf Schalke und anderes weiterentwickelt. In dem Prozess wird man das dann irgendwann bewerten müssen. Aber Sie können das nicht jetzt machen, wo der Deutsche Olympische Sportbund noch nicht einmal gesagt hat, ob wir uns überhaupt als Bundesrepublik Deutschland bewerben. Wenn der Schritt gesetzt ist, können wir den nächsten gehen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wir müssen doch wissen, was es kostet, damit wir das seriös bewerten können!)

– Frau Paul, wir können das – wir haben hier fünf Minuten – gerne vertiefen.

(Michael Hübner [SPD]: Sie können so lange reden, wie Sie wollen! Sie sind Regierung!)

– Dass Sie mich gerne reden hören, verstehe ich, aber ich möchte trotzdem gerne meine Redezeit einhalten.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP – Markus Herbert Weske [SPD]: Besser hier als draußen im Land! – Michael Hübner [SPD]: Für die CDU haben Sie ja keine Zeit heute Abend!)

– Woher wissen Sie denn, dass ich keine Zeit habe, zur CDU zu gehen?

(Michael Hübner [SPD]: Das habe ich gehört!)

– Das verbreiten die Netze der SPD, die meistens falsch informiert sind. Das kann ich auch nicht ändern.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP)

Warum Sozialdemokraten das verbreiten, weiß ich nicht.

(Michael Hübner [SPD]: Für wen sind Sie denn, für Herrn Merz oder ...? – Unruhe von der CDU und der FDP)

– Herr Hübner, wir sind jetzt in einer Sportdebatte. Erlauben Sie eine Bemerkung zu den Zwischenrufen: Ich habe gelesen, dass Ihr Parteivorsitzender das Verfahren eigenartig und skurril findet. Wer den Landesvorsitzenden so auswählt, wie es die SPD gemacht hat, nämlich durch Hinterzimmerabsprachen, der sollte sich wirklich aus dieser Sache heraushalten.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Jetzt gehen wir aber weg von der SPD und reden über Erfolgsgeschichten.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP)

Wir reden jetzt über den Sport. Die Olympiafrage, Frau Paul, vertiefen wir noch mal.

(Michael Hübner [SPD]: Wir messen Sie an 2032!)

Ich stimme Frau Paul auch zu, dass in der Tat im Sportbereich ein großer Konsens vor der Wahl da war, und dieser sollte auch nach der Wahl da sein. Ich hoffe, dass wir das hinbekommen, dass wir alle sagen: Wir stehen an der Seite der Sportvereine. – Denn das ist keine parteipolitische Frage, sondern es geht darum, voranzukommen.

Die Pauschale, die jetzt geplant ist, soll dem Breiten-sport dienen. Wir werden schon morgen ein weiteres Gespräch mit dem Landesportbund darüber führen, wie das genau in den Förderrichtlinien ausgestaltet wird. Aber man muss erst mal – und das war ein großer Kraftakt – dieses Geld im Haushalt verankern.

Das Ziel muss sein, dass so viele Vereine wie möglich davon profitieren, auch die Vereine, Herr Bischoff, die beispielsweise einen Pachtvertrag oder Ähnliches mit kommunalen Einrichtungen abgeschlossen haben. Auch die sollen ihre Chance bekommen. Das müssen wir sicherstellen. Juristisch ist das nicht schwierig, aber anspruchsvoll. Das soll aber mit dem Landessportbund erörtert werden.

Hinzu kommt übrigens noch die Sportpauschale. Diese ist eigentlich dafür vorgesehen, in Sportstätten zu investieren. Selbst im Gute-Schule-Gesetz steht, dass die Pauschale auch für Turnhallen oder Ähnliches genutzt werden kann. Diese Breite wird die Sportstätten in unserem Land verbessern.

Drittens. Das, was das paralympische Komitee und die paralympische Bewegung nachgefragt haben, soll in Verbindung mit der Sportstiftung ebenfalls umgesetzt werden, damit dahin gehend ein gewisses Gleichgewicht geschaffen wird.

Auch wir kämpfen zurzeit dafür, dass das paralympische Komitee auf Dauer in Deutschland bleibt. Es hat seinen Sitz mit 100 Mitarbeitern in Bonn. Wir arbeiten daran mit, und das Land fördert das Ganze. Im Moment sind Überlegungen über einen neuen Ort des Komitees im Gange. Ich glaube aber: Wenn das paralympische Komitee seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen behält, können wir den paralympischen Gedanken in unserem eigenen Land noch mehr stärken und dadurch auch einen Beitrag zur Inklusion leisten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zum Teilbereich c) Sport liegen mir nicht vor. Bleibt das beim Blick in

die Runde so, auch wenn ich noch einmal ausdrücklich darauf hinweise – Sie haben es ohnehin schon alle gemerkt –, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1 Minute 58 überzogen hat? – Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Wunderbar. Dann schließe ich die Aussprache zum Teilbereich c) Sport.

Ich rufe auf:

d) Medien

Ich erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Vogt das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Alexander Vogt (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ich freue mich, dass der Ex-Medienminister – er geht gerade raus – und auch der amtierende Medienminister heute bei der Aussprache zu diesem Thema dabei sind. Wenn wir in der Vergangenheit über Medienpolitik gesprochen haben, war das nicht immer der Fall.

Wir haben heute schon viel über sprudelnde Steuereinnahmen gehört, die die Landesregierung zu verzeichnen hat, und dass viel Geld verteilt wird. Auch im Medienbereich gibt es eine Erhöhung, und grundsätzlich ist eine Erhöhung gerade in diesem Bereich natürlich zu begrüßen. Wenn wir uns aber genauer ansehen – und das ist notwendig –, wo Sie die 3,6 Millionen Euro zusätzlich investieren wollen, dann wirft dies doch eine Reihe von Fragen auf.

Sie wollen mehr Medienkompetenz fördern – das ist grundsätzlich wichtig. In ländliche Regionen zu kommen, ist auch richtig. Aber was ist dazu bekannt? – Sie wollen für 1 Million Euro einen Bus kaufen, der in ländliche Regionen fahren und Medienkompetenz verbreiten soll.

Wenn man das jetzt im Zusammenhang mit den Aussagen Ihrer CDU-Bundesbildungsministerin betrachtet, dann wirkt das schon ein bisschen skurril. Das sieht folgendermaßen aus: Wer 5G nicht bis zu jeder Milchkanne bringen will, der muss das Internet dann mit einem Bus in die ländlichen Regionen bringen.

(Beifall von der SPD)

Medienkompetenz in die Fläche zu bringen, ist sicherlich ein richtiger Ansatz, aber Sie fördern das nur mit 1 Million Euro bzw. mit diesem Bus. Wir haben ein bisschen recherchiert: Einen solchen Bus gibt es schon in Sachsen, das sogenannte Fabmobil. Dort haben Sie diese Idee sicherlich geklaut. Aber besser gut kopiert als falsch registriert.

Dieser Bus betreut dort eine Größenordnung von Menschen, wie sie jeden zweiten Samstag auch in der Schalker Nordkurve zu finden ist. Es ist wirklich

rätselhaft, wie Sie mit einem einzigen Bus in Nordrhein-Westfalen in der Fläche Medienkompetenz vermitteln wollen. Vielleicht ist es der CDU auch egal. Aber wie erklärt mir eigentlich eine Partei, die im Wahlkampf immer mit „digital first“ Wahlkampf gemacht hat, dass jetzt das Internet mit einem alten Dieselbus durch die Gegend gefahren wird?

Wir werden das Ganze beobachten. Wir werden Ihnen natürlich die Chance zur Realisierung geben. Im Ausschuss haben wir bereits mehr Mitteln für Medienkompetenz zugestimmt. Wenn das aber zu einer reinen PR-Tour der Landesregierung im ländlichen Raum verkommt, dann lassen wir Sie damit nicht durchkommen.

Wir haben gerade im Bereich „Medienkompetenz“ hier in Nordrhein-Westfalen hervorragende Institutionen: die GMK, die LfM, das Grimme-Institut und preisgekrönte Projekte wie „Hello world – Jugend hackt“, noch von Christina Kampmann als Ministerin initiiert. All diese Institute leisten hervorragende Arbeit und können Unterstützung und Geld dringend gebrauchen.

(Beifall von Christina Kampmann [SPD])

Die zweite große Veränderung versteckt sich hinter dem Titel „Zuschüsse zur Fortentwicklung des Film- und Fernsehstandorts Nordrhein-Westfalen“ – 500.000 Euro mehr zur Weiterentwicklung des Medienforums, so haben Sie es am 8. November dieses Jahres beantragt. Wir haben Ihnen dazu eine Zusage erteilt. In der Pressemitteilung vom 20. November 2018 finden wir dann das Zitat:

„Es wird kein Medienforum NRW alter Prägung mehr als einzelnen Kongress geben. Dieses Veranstaltungsformat hat sich überlebt und ist in der Branche nicht mehr gefragt.“

Wohlvollend könnte man es noch als PR-Stunt im Medienzirkus bezeichnen; Haushälter könnten aber sogar die Frage stellen, ob das noch dem Grundsatz der Haushaltswahrheit entspricht.

Sie wollen nun das Global Media Forum als neues Flaggschiff der Landesregierung initiieren. Ich befürchte aber, dass Sie sich in den Weiten der Welt so sehr verzetteln, dass Sie die Heimat aus dem Blick verlieren. Die Abschaffung des Medienforums bedeutet definitiv eine Schwächung des Medienstandorts Nordrhein-Westfalen.

Sie reiht sich ein in eine Kette von Veranstaltungen, die geschwächt wurden. Die VideoDays, eine private Veranstaltung, die Tausende Menschen nach Nordrhein-Westfalen lockte, wurden abgeschafft. Wir haben nichts darüber gehört, was die Landesregierung getan hat, um diese Veranstaltung in Nordrhein-Westfalen zu halten. Gleiches gilt für Ihr geringes Engagement zur Rettung des Lokalfunks hier Nordrhein-Westfalen.

Man hat den Eindruck, dass Sie Stück für Stück die Strukturen hier in diesem Medienland zerlegen, ohne dass wirklich neue Initiativen entstehen und neue Projekte auf den Weg gebracht werden. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, gehen Sie daher behutsam mit den Dingen um, die wir Ihnen hinterlassen haben. Die Sachen, die gut sind, benötigen weiterhin eine Förderung.

Entwickeln Sie neue Ideen! Die CeBIT wird, wie heute verkündet, nicht mehr stattfinden.

(Zuruf von Thomas Nüchel [FDP])

Das birgt durchaus Potenzial, Gespräche zu führen und neue Initiativen in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln, um sie hier auch auf den Weg zu bringen. Dazu fordern wir Sie auf. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Stullich das Wort.

Andrea Stullich (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für den Medienhaushalt möchte ich drei Schwerpunkte herausgreifen, die uns als NRW-Fraktion besonders wichtig sind, weil sie Teil unserer Anstrengungen sind, Nordrhein-Westfalen zum Medien-Digital-Land weiterzuentwickeln.

Erstens: die Film- und Medienstiftung. Schon im letzten Jahr sind die Mittel um 2 Millionen Euro erhöht worden – ein wichtiger Impuls für Produktionen in und aus Nordrhein-Westfalen. Das ist von allen Seiten sehr gelobt worden, und im Wettbewerb mit Bayern und Berlin haben wir damit Boden gut gemacht.

Kollege Klocke hat vor einem Jahr an dieser Stelle gesagt, er hoffe, dass diese Mittel für die Filmstiftung verstetigt würden. Das werden sie – und nicht nur das: Im Haushalt 2019 werden die Mittel für die Film- und Medienstiftung nochmals um insgesamt 3 Millionen Euro erhöht. Damit fördern wir die Games-Branche sowie Film- und Fernsehproduktionen; denn die kreative, innovative Games- und Filmwirtschaft in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu stärken, gehört zu unserem Ziel, Nordrhein Westfalen als Medien-Digital-Land auszubauen.

Die Digitalisierung verändert alle Bereiche unseres Lebens: vor allem die Arbeitswelt, ganz besonders aber auch unsere Art zu kommunizieren und uns zu informieren. Deshalb ist die Medienbildung Teil unserer Digitalstrategie.

Zweitens. Wir werden die Medienkompetenzen flächendeckend fördern und sie natürlich auch in die ländlichen Räume bringen. Wir müssen nicht nur Kinder und Jugendliche nachhaltig darin fördern, kritisch, verantwortungsbewusst, aber auch kreativ mit

digitalen Medien umzugehen, sondern auch Multiplikatoren und Eltern fit machen.

Deshalb haben CDU und FDP für den Haushalt 2019 einen Änderungsantrag eingebracht, der die Mittel zur Förderung von Medienkompetenz zusätzlich um 1 Million Euro erhöht. Damit wollen wir Jugendlichen und Erwachsenen zeigen, wie Medienverbreitung und Meinungsbildung funktionieren, damit sie Informationen und Quellen kritisch bewerten können. Mit diesen Mitteln werden wir die Medienkompetenz in der Fläche verstärken.

Lieber Kollege Vogt, das Fabmobil ist sicherlich nur eine von sehr vielen Ideen in diesem Zusammenhang. Wir wollen mit modernen, mobilen Angeboten zum Ausprobieren und Mitmachen direkt zu den Menschen kommen, damit niemand von den rasanten Entwicklungen abgehängt wird. Medienkompetenz gerade im digitalen Zeitalter ist nämlich enorm wichtig, damit alle Menschen an Politik und Gesellschaft teilhaben können.

Drittens: die Neuausrichtung der Medienveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen. Der Kollege Vogt hat im letzten Jahr und gerade eben auch noch mal dem alten Medienforum NRW ein wenig nachgeweint. Das kann ich verstehen, Herr Vogt. Wir denken aber, dass ein einzelner Kongress nicht alle Branchen und Akteure gleichermaßen zufriedenstellt. Den Niedergang des Medienforums haben Sie selber verfolgen können.

Wir unterstützen ausdrücklich die Veranstaltungsstrategie der Landesregierung. Diese ist natürlich keine Schwächung, sondern stärkt die Medienveranstaltungen durch einen Jahresplan. Sie setzt auf etablierte und neue Konzepte über das gesamte Jahr. Ich nenne beispielsweise den Gamescom-Kongress, das Film Festival Cologne, den Deutschen Entwicklerpreis und Veranstaltungen, bei denen Medienschaffende und Wirtschaft zusammengebracht werden.

Dafür wollen wir als NRW-Koalition die Mittel zusätzlich um 700.000 Euro erhöhen und Nordrhein-Westfalen selbstbewusst als weltoffenen und attraktiven Medienstandort präsentieren; mit einem Flaggschiff als Topadresse an der Spitze. Das Global Media Forum in Bonn mit Nordrhein-Westfalen als starkem Partner soll als Veranstaltung für Debatten, Vernetzung und Innovationen international noch bedeutsamer werden.

Die Games- und Filmwirtschaft stärken, Medienkompetenz in der Fläche fördern und den Medienstandort Nordrhein-Westfalen international hervorheben – das sind die Ziele im Medienhaushalt auf dem Weg zum Medien-Digital-Land NRW.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, ich danke Ihnen, dass Sie dies im Ausschuss durch Ihre Zustimmung bereits anerkannt haben und

bitte natürlich auch heute um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Stullich. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Keymis das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Grünenfraktion hat im Ausschuss dem Abschnitt Medien – Herr Ministerpräsident, da Sie nicht dabei waren, sage ich es noch einmal – zugestimmt, weil wir der Meinung sind, dass die Ansätze, die Sie da für den Haushalt 2019 vorgetragen haben, politisch richtig sind.

Im Medienland Nordrhein-Westfalen müssen wir sehr darauf achten, dass wir als Filmland weiter stark bleiben, und dass wir uns mit Nachdruck dafür einsetzen müssen, auch als Land der Produzentinnen und Produzenten stark zu bleiben.

All das ist unter anderem mit diesen Beschlüssen zumindest teilweise zum Ausdruck gebracht worden. Es gibt eine Reihe von Baustellen, über die wir nicht im Rahmen der Haushaltsdebatte diskutieren – weil hier nur wenig Zeit zur Verfügung steht –, sondern die wir im Ausschuss noch länger und weiter debattieren sollten.

Das betrifft die Fragen, die wir am Medienkompetenztag aufgeworfen haben: Wie gehen Menschen mit den Informationen, die sie erhalten, um? Ist Medienkompetenz wirklich ein Thema? Wie hängen die medienpolitischen Fragen eigentlich mit der medientechnischen Entwicklung zusammen?

Das alles sind wichtige Aspekte, die das umfassen, was mein Kollege Matthi Bolte-Richter im Bereich der Digitalisierung immer wieder an Fragen aufwirft. Wenn die Distribution dessen, was wir inhaltlich diskutieren, nicht funktioniert, dann haben wir am Ende ein Problem.

Insofern sind wir Grünen, was die medienpolitischen Punkte betrifft, nicht im Streit mit der Regierung über deren Vorschläge. Das haben wir – ebenso wie der Kollege von der SPD – im Ausschuss zum Ausdruck gebracht und durch unsere Entscheidung dort deutlich gemacht.

Vor diesem Hintergrund kann ich es kurz machen: Natürlich werden wir den Einzelplan 02 in Gänze ablehnen, wie sich das für eine anständige Oppositionsfraktion gehört. Aber ich will schon deutlich machen, dass wir im medienpolitischen Feld – in einer Parallele zur Kulturpolitik – gewisse Übereinstim-

mungen miteinander austauschen. Bei diesen beiden Bereichen halte ich das für politisch sinnvoll und klug, und ich hoffe, dass wir das in Nordrhein-Westfalen auf diesem Wege weiterentwickeln können.

Stärkung der Filmstiftung, Stärkung der Sparte „Fiktion“ und der Angebote, die von unseren Dokumentarfilmern organisiert werden – all das findet sich zum Teil in den Anträgen, aber insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kulturfilmförderung auch bei Ihnen wieder. Das ist für uns im Prinzip in Ordnung.

Vielen Dank, und auf hoffentlich weiterhin konstruktive Arbeit zum Wohle des Medienlandes NRW.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Nückel das Wort.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank an den Kollegen Keymis, der den Medienhaushalt sehr realistisch beschrieben hat. Das ist ein guter Haushaltsentwurf für den Bereich Medien; er wurde im Fachausschuss einstimmig beschlossen.

Es ist schön, dass der Kollege Vogt doch noch versucht, Härchen in der Suppe zu finden – es waren aber wohl eher Babyhärchen.

(Heiterkeit bei Alexander Vogt [SPD])

Sie standen sieben Jahre lang auf der Standspur und erklären uns jetzt, was wir auf der Überholspur zu tun haben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Michael Hübner [SPD]: Das ist heute die Tageslosung!)

Es kommt noch schlimmer: Jetzt sieht er auch noch Zeichen am Himmel über Sachsen oder Zeichen auf der Straße: einen Dieselbus. Zeichen deuten immer darauf hin, dass irgendetwas passieren wird.

(Zuruf von Alexander Vogt [SPD])

Erfahrene Propheten warten erst einmal die Ereignisse ab. Ich kann Ihnen versichern, dass das sicherlich kein Dieselbus sein wird; das wird sich vielmehr technisch auf einem hohem Level bewegen. Das ist auch notwendig, weil in den Jahren Ihrer Regierung im Bereich Medienkompetenz vieles verschlafen wurde.

(Alexander Vogt [SPD]: Wurden nur alte Busse gekauft, oder was?)

Da war vieles antiquiert und manchmal war es etwas unübersichtlich. Es gibt viele gute Initiativen, aber ich meine, wir müssen das ein bisschen ordnen.

Der Medienhaushaltsentwurf 2019 hält sich an die Ankündigung, die wir im Koalitionsvertrag gemacht haben. Uns ging es vor allen Dingen darum, dass NRW in der Medienpolitik eine stärkere Rolle einnehmen soll. Gerade durch die Aufstockung im Bereich der Filmwirtschaft und der Filmstiftung haben wir kundgetan, dass wir die Verfolgung von Bayern und Berlin aufgenommen haben und dabei sind, deutlich aufzuschließen.

Die Sicherung der Vielfalt, die Ausgestaltung einer bunten Medienlandschaft und die Entwicklung eines attraktiven Medienstandorts, der den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht scheuen muss, sind wichtig – da sind wir uns wohl einig. Das sehen wir als Aufgabe und Herausforderung an. Der Medienetat ist im Vergleich zu den übrigen Etats mit 18,3 Millionen Euro, bei einer Erhöhung von 1,92 Millionen Euro, natürlich eher klein und bescheiden und macht nur einen geringen Anteil des Gesamthaushalts aus.

Das macht ihn aber nicht weniger bedeutend; denn wir haben darin die richtigen Weichen gestellt. Es geht um die Stärkung des Medienstandorts und nicht um Gängelung, Kontrollwahn und Misstrauen, wie es unter der Vorgängerregierung der Fall war. Uns ist wichtig, hier auf das gesamte Angebot der Medienlandschaft abzustellen und nicht nur wenige Bereiche hervorzuheben.

Der Filmstandort NRW wird durch die kräftige Mittelerrhöhung gestärkt. Zur Erinnerung: Sinkende Mittel waren das Markenzeichen von Rot-Grün. Die NRW-Koalition – das muss man deutlich unterstreichen – hat nicht nur die Erhöhung des letzten Jahres verstetigt, sondern noch einmal draufgesattelt. Diese Gelder sollen beispielsweise dazu dienen, serielle Produktionen in der Filmwirtschaft, aber auch die Games-Branche weiter nach vorne zu bringen.

In unserem Koalitionsvertrag hatten wir bereits angekündigt, diesen Bereich stärken zu wollen. Im letzten Plenum wurde erfolgreich ein entsprechender Antrag eingebracht, der nunmehr mit den vorgesehenen Mitteln auch unterfüttert wird.

Medien sind essenziell für die Informationsvermittlung. Angesichts der Flut von Informationen wird es aber auch immer wichtiger, diese Informationen zu bewerten. Dabei kommt der Medienkompetenz eine wichtige Rolle zu. Deswegen war es auch richtig, dass wir in diesem Bereich noch mal draufgelegt haben, auch wenn der Kollege Vogt versucht hat, dies ein bisschen ins Lächerliche zu ziehen. In der Fläche ist das wichtig und gerade für ältere Menschen notwendig – wir tun hier endlich was.

Die Stärkung des Medienstandorts wird auch durch die Erhöhung des Etats für die Medienveranstaltungen deutlich. Ich verwende ganz bewusst nicht mehr die Bezeichnung für die alte Veranstaltung, der hier ein bisschen nachgeweint wird, die von der Vorgängerregierung in den Bedeutungsstod überführt wurde.

Das ist möglicherweise nicht ihre alleinige Schuld; denn die Ansprüche an solche Veranstaltungen haben sich völlig verändert. Ich meine, dass das neue Konzept mit einer Leuchtkette von Medienveranstaltungen frischen Wind in die Sache bringen wird.

(Alexander Vogt [SPD]: Leuchtkette? Perlenkette?)

Einen Schwerpunkt bildet ganz klar das Global Media Forum der Deutschen Welle; aber auch die Unterstützung des Kölner Filmfestivals ist dabei ein wichtiger Schritt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Tritschler das Wort. Bitte sehr.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über 1 Milliarde Euro lassen Sie die Menschen in NRW für den WDR bezahlen – eine gewaltige Rundfunkanstalt mit stattlichem Personalstamm, riesigen Liegenschaften, unzähligen Radiosendern, einem TV-Programm und stetig wachsenden Online-Angeboten.

Wenn Sie kritisch darauf angesprochen werden, dann hört man immer, das diene alles der Meinungsvielfalt und der Sicherung eines qualitativ hochwertigen Programmangebots. Sie wissen, dass wir das ein wenig anders sehen. Wenn man das aber schon so sieht wie Sie, dann sollte man davon ausgehen können, dass mit diesen großen Summen der Auftrag hinreichend erfüllt werden kann.

Sie alle glauben das aber offensichtlich nicht so recht; denn der Gebührenzahler darf als Steuerzahler über den Landeshaushalt gleich weiter bezahlen, und zwar für alles, was hier unter Medienpolitik verstanden wird.

Wir glauben nicht, dass es Aufgabe des Landes NRW ist, mit Steuermitteln in die Medienlandschaft einzugreifen und ihre Inhalte zu beeinflussen. Denn wo die Politik das Scheckbuch zückt, sind Abhängigkeiten und Einflussnahmen nicht weit. Man braucht kein Verschwörungstheoretiker zu sein, um diesen Zusammenhang zu erkennen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Aber Sie sind einer, ne?)

Betrachten wir zum Beispiel die Film- und Medienstiftung NRW. Diese Einrichtung, der man erhebliche Mittel zur Verfügung stellt, die man aber eher aus dem Vor- und Abspann von – vorsichtig ausgedrückt – weniger erfolgreichen Filmen kennt, soll also den Medienstandort NRW stärken. Im Aufsichtsrat dieser Stiftung finden wir Herrn Nüchel – er hat gerade noch gesprochen – und Herrn Liminski aus der Staatskanzlei. Auch beim Grimme-Institut ist Herr Liminski aus der Staatskanzlei Teil des Aufsichtsrats.

Daneben sitzen dann die Vertreter des WDR und anderer Medienhäuser, und gemeinsam befinden sie darüber, welche Filme und Projekte unsere Steuerzahler als Nächstes zu fördern haben. Für eine funktionierende Demokratie ist aber eine unabhängige Medienlandschaft unerlässlich. Daran versündigt sich Schwarz-Gelb nun genauso, wie es zuvor Rot-Grün getan hat.

(Beifall von der AfD)

Sie ändern nichts, Sie bauen nichts um; Sie wechseln nur die Tapete. Deshalb sind Sie sich ja auch einig und stimmen im Ausschuss gemeinsam ab.

(Alexander Vogt [SPD]: Och!)

Wenn Sie den Medienstandort NRW wirklich fördern wollen, dann tun Sie dies unabhängig von den Inhalten. Schaffen Sie keine Bürokratie, die über gute und schlechte Inhalte befindet, sondern schaffen Sie attraktive Bedingungen. Diese unterscheiden sich für Medienschaffende nur unwesentlich von dem, was alle anderen sich auch wünschen: Auch Medienschaffende wollen sicher leben, sie wollen ihre Kinder auf gute Schulen schicken, sie wollen niedrige Steuern, schnelles Internet usw. In all diesen Bereichen gäbe es in unserem Land mehr als genug zu tun.

NRW hat im Medienbereich viel Potenzial. Es gibt große Unternehmen, wir haben kreative Köpfe, und wir haben Universitäten und Hochschulen, die gute Fachleute ausbilden. Sinnvoll wäre es, dort weiter zu investieren, anstatt politisch direkt Einfluss auf Inhalte zu nehmen, wie es aktuell zweifelsohne geschieht.

Dass diese Praxis, die auf bestenfalls überschaubare messbare Erfolge zurückblicken lässt, jetzt auch noch auf den Games-Bereich erweitert werden soll, macht es nicht besser. Auch dabei glaubt man offenbar, mit ein paar Förder-Euros Versäumnisse in anderen Bereichen gutmachen zu können. Dabei wünscht man sich in der Branche ganz andere Dinge – zum Beispiel die Überarbeitung der Jugendschutzstandards, die längst aus der Zeit gefallen sind.

Genauso wenig wird sich die Gamescom in Köln halten können, weil ein neues Fördertöpfchen geöffnet wird. Vielmehr fehlt es an tragfähigen Verkehrsverbindungen und genügend Hotelbetten. Diese Baustellen – im wahrsten Sinne des Wortes – muss man

angehen und nicht nur weiße Salbe verteilen. Meine Fraktion jedenfalls lehnt die staatliche Beeinflussung der Medienlandschaft auf inhaltlicher Ebene entschieden ab und wird daher auch diesen Einzelplan ablehnen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Für die Landesregierung hat nun Herr Ministerpräsident Laschet das Wort.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist aber heute hartverdientes Geld, ne?)

Armin Laschet, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Übergeordnetes Ziel der Koalition ist, Nordrhein-Westfalen als Medienland zu stärken und zum Medien-Digital-Land zu profilieren. Wir haben in allen Bereichen eine Trendwende eingeleitet: beim Film, bei den Games, bei der Medienkompetenz und auch bei Medienveranstaltungen.

Wenn man häufig daran teilgenommen hat, kann man bedauern, dass das Medienforum NRW nicht mehr stattfinden wird – Herr Vogt hat es vorhin angesprochen. Wenn in der Branche allerdings niemand mehr sagt, dass er so etwas braucht, und immer weniger Menschen hingehen; wenn so etwas Etabliertes wie die CeBIT heute bekannt gibt, dass sie sich neuen Herausforderungen stellen muss, weil das CeBIT-Modell sich überholt hat, dann sollten wir darauf reagieren.

Deshalb gibt es nun für die globalen Fragen, die heute die Medienpolitik beeinflussen – jeder weiß doch, dass wir das nicht nur in Nordrhein-Westfalen können –, das Global Media Forum. Wir wollen es zu einem Forum ausgestalten, bei dem gleiche oder ähnliche Diskussionen geführt werden können wie auf den alten Foren. Wir wollen darüber hinaus das ganze Jahr über eine Fachöffentlichkeit an Nordrhein-Westfalen binden.

(Beifall von der CDU und Marc Lürbke [FDP])

Das zweite große Thema ist die Stärkung der Film- und Medienstiftung als zentrale Agentur zur Förderung des Film- und Medienstandorts Nordrhein-Westfalen. Da er sich anscheinend nicht so gut auskennt, will ich dem AfD-Vertreter gar nicht die erfolgreichen Produktionen dieser Stiftung vorhalten; jedenfalls spiegelt der Ton, in welchem vorhin über die hier produzierten Filme gesprochen wurde, nicht die Realität wider.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Insgesamt steigt der Etat um 18 % auf über 30 Millionen Euro. Gamescom Congress, Film Festival Cologne und das Global Media Forum werden in den nächsten Jahren zu Orten ausgebaut, an denen sich Interessierte – auch solche, die nicht aus Nordrhein-Westfalen sondern von weither kommen – in unserem Land engagieren können.

Insbesondere die Film- und Games-Förderung betrifft einen wachsenden Markt. Deshalb werden hierfür die Mittel um 3 Millionen Euro erhöht. Mit weiteren 1,5 Millionen Euro möchten wir die Entwicklung und Produktion von Computer- und Videospielen noch stärker unterstützen; denn in dieser Branche erlebt man Kreativität, Innovationskraft und Wertschöpfung für Nordrhein-Westfalen.

Der nächste Kampf wird nun darin bestehen, Köln als Standort für die Gamescom zu erhalten. Das wird alle paar Jahre überprüft, und wenn es gelingt, setzen wir damit für das Medien-, Film- und Games-Land Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Zeichen.

Ich danke dem Kollegen Keymis für den Hinweis, dass in diesen den Haushalt betreffenden Fragen auch die Oppositionsfractionen von SPD und Grünen Unterstützung signalisiert haben. Bei allem Streit, den wir ansonsten haben: Wenn wir in diesem Feld gemeinsam das Medien- und Film-land stärken, dann ist das gut für Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Es wurde noch eine Kurzintervention angemeldet; der Abgeordnete Vogt hat sich für die Fraktion der SPD gemeldet und erhält nun für 90 Sekunden das Wort. – Bitte schön.

Alexander Vogt (SPD): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Es ist gut, dass Sie heute zum medienpolitischen Teil anwesend sind. Bei den medienpolitischen Punkten in jüngster Vergangenheit waren Sie als Medienminister nicht im Plenum. Herr Laumann konnte beim letzten Mal – positiv formuliert – nur eher erkenntnisarme Antworten auf meine Fragen geben.

(Thomas Nüchel [FDP]: Die waren eher erkenntnisreich!)

Deswegen möchte ich, wenn Sie über das starke Medienland sprechen, die Chance nutzen, Ihnen zwei Fragen zu einem bestimmten Bereich zu stellen. Der Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen bietet mit 44 Radiosendern lokaler Qualität eine Vielfalt, die wir in keinem anderen Bundesland finden. Derzeit stellen sich die rund tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch viele in den Veranstaltergemeinschaften, wo einige Hundert Ehrenamtliche sitzen, die Frage: Bleibt das System so erhalten?

Darum meine Frage: Stehen Sie – Sie konnten es im Ausschuss im April nicht formulieren – zu dem Zweisäulenmodell, in dem die Trennung zwischen Betriebsgesellschaft und Veranstaltergemeinschaft festgeschrieben ist, und den Veranstaltergemeinschaften als Lizenzträger im UKW-Bereich? Und wollen Sie die 44 Verbreitungsgebiete mit eigenständigen Redaktionen erhalten? Oder ist das nicht Ziel dieser Landesregierung?

Sie haben Fachkenntnis in der Landesregierung: Herr Wüst als ehemaliger Geschäftsführer des BG-Verbandes, Herr Holthoff-Pförtner sitzt auch mit am Kabinettsstisch. Von daher werden Sie sicherlich auch schon mal über diesen Themenbereich beraten haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Ich kann noch einmal einen Beitrag leisten, aber eine Kurzintervention ist ja keine Fragestunde.

(Zurufe von der SPD)

Erstens sind die Regeln geändert, was Sie anscheinend – wie so manches andere – noch nicht mitgekriegt haben. Dazu gehört: Man spricht vom Platz.

(Widerspruch von Alexander Vogt [SPD])

Zweitens ist eine Kurzintervention ein parlamentarisches Mittel und keine Fragestunde. Ich kann jetzt darauf antworten, ich muss das aber nicht.

(Beifall von der CDU)

So. Ich will dem Kollegen aber trotzdem gerne seine Fragen, die er sonst nicht stellen kann, beantworten. Natürlich stehen wir zum Zweisäulenmodell. Da würde ein Blick in den Koalitionsvertrag genügen. Da ist das klar festgeschrieben. Dieses Modell bleibt, und die gesamte Landschaft der lokalen Radios weiß das auch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihre Entgegnung.

Ich will, da gerade Unklarheiten aufgetaucht sind, nur noch einmal auf Folgendes hinweisen: Es steht den Rednern, zu deren Rede eine Kurzintervention angemeldet ist, frei, diese vom Rednerpult oder von ihrem Platz aus zu beantworten. Insofern hat der Ministerpräsident korrekt davon Gebrauch gemacht.

Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 02 – Teilbereich Medien – liegen mir nicht vor. Das bleibt auch beim Blick in die Runde so, sodass wir am Schluss der Aussprache zum Teilbereich Medien, aber auch am Schluss der Aussprache zum Einzelplan 02 sind.

Insofern kommen wir zur Abstimmung, und zwar über die Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, der uns in Drucksache 17/4402 empfiehlt, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses anzunehmen. Ich lasse somit über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der **Einzelplan 02 in der zweiten Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses die Mehrheit gefunden und ist damit **angenommen**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nun auf:

Einzelplan 09 Ministerium für Verkehr

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/4409.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Löcker das Wort. Bitte schön, Herr Kollege. Vielleicht warten Sie einen kurzen Augenblick ab. Wann immer Sie wünschen, Sie haben das Wort. Wir starten die Zeitnahme, wenn Sie beginnen.

Carsten Löcker (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich sage es gleich vorweg für den Einzelplan 09: Uns liegt heute kein großer Wurf vor. Trotz mehr Geld ist kein entscheidender Schwerpunkt für eine Verkehrswende in NRW erkennbar.

Herr Minister, Sie bleiben bei Ihrer verkehrspolitischen Gießkanne, einem Sammelsurium, hier ein bisschen mehr und da ein bisschen mehr. Andere würden sagen: von allem für alle etwas mehr. Insgesamt ist der Zuwachs an Mitteln, den Sie als Erfolg verkünden, auch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Darauf werde ich gleich noch zu sprechen kommen.

Wenn wir mit Blick auf die Anforderungen der zukünftigen Mobilitätspolitik diskutieren, so bleiben von den 3,5 % Steigerung, die Sie in den Haushalt einrechnen, zieht man die Regionalisierungsmittel ab, allenfalls 1,6 % übrig. Dahinter ist zumindest ein großes Fragezeichen, wie Sie mit diesem kleinen Etat die Probleme in unserem Land auf der Straße, der Schiene, im Binnenverkehr lösen wollen.

Ihre Wahlkampfversprechen lösen Sie auf jeden Fall nicht ein. Sie hatten noch vor anderthalb Jahren öffentlich wissen lassen, dass Sie Bewegung wählen lassen wollen, und haben die Menschen im Land damit auch wissen lassen, dass Sie für ein staufreies Nordrhein-Westfalen sorgen wollen.

Was erkennen wir heute? Das glatte Gegenteil von dem, was Sie versprochen haben: Es wird schlimmer – Rekordstaus über 400 km am Tag. Die Belastungen nehmen ständig zu. Andere würden sagen: Es ist mittlerweile unerträglich in unserem Land geworden, mit dem Auto oder mit der Bahn durch die Gegend zu fahren.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Woher kommt das denn?)

Wie ernst es Ihre Partei mit der Einhaltung der eigenen Wahlversprechen hält, hat Ihr Sprecher in der letzten Ausschusssitzung deutlich gemacht. Da wollte er doch tatsächlich die Staumisere dieser Woche mit den Verkehrszahlen aus den Sommerferien entkräften. Das ist nur billig und eine Verhöhnepelung der Leute. Sie haben etwas anderes angekündigt. Abhilfe aber haben Sie – bisher auf jeden Fall – in der Sache nicht geleistet. Von daher hatten die Leute nichts von Ihren Versprechungen von vor anderthalb Jahren.

Auch was die Straßenerhaltungsbeiträge angeht: Sie haben 200 Millionen Euro angekündigt, aber: versprochen – gebrochen. Sie schaffen es nicht einmal im zweiten Haushalt, diese Zahl tatsächlich zu erreichen. Sie erfüllen auf jeden Fall nicht Ihre Zusagen.

Das größte Ärgernis – das will ich hier ausdrücklich ausführen – ist Ihre Politik des Nichtstuns in der Dieselpolitik in diesem Land; einer Problematik mit Auswirkungen für Millionen von Menschen, für Pendlerinnen und Pendler. Ganz egal, was in Berlin hin oder her geht: Sie müssten deutlich mehr tun, um die Probleme in unserem Land zu beseitigen.

Unser Antrag „CDU und FDP steuern mit Vollgas ins Fahrverbot“ vor einem Jahr war richtig. Heute können wir festhalten, dass er auch Wirkung zeigt.

„In NRW wird es keine Fahrverbote für Diesel geben“ – so haben Sie hier monatelang diskutiert. Sie reden immer gerne davon, dass es unverhältnismäßig wäre, würden Verwaltungsgerichte zugunsten von Dieselfahrverboten entscheiden.

Was haben wir jetzt, meine Damen und Herren? – Angekündigte Fahrverbote. Haben Sie einen Notplan vorgelegt, wie es laufen soll, wenn diese Fahrverbote tatsächlich auf den Tisch kommen? – Fehlanzeige! Was ist denn aus Ihren Ankündigungen von vor anderthalb Jahren geworden?

Blickt man auf die Millionen Pendlerinnen und Pendler, so muss man sich eigentlich vernetzt vorkommen, wenn der Ministerpräsident jetzt noch versucht,